

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
19. Dezember 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Philisterweisheit vor dem Reichstag. — Weihnacht. Von B. Selinger. — Die Beschlüsse der Reichsversicherungsordnungskommission in erster Lesung: II. Die Leistungen der Versicherung. Von Gh. — Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit. IV, V und Schlusssätze. Von Dr. A. Lipsius. — Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel. III. Von A. Th. — Weihnachtsskizzen. Von Mary Preis. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Ein Kursus zur Einführung der Arbeiterinnen in die Gewerbeordnung in Nürnberg. — Jahresbericht der Genossinnen des vierten sächsischen Wahlkreises. — Anna Sachs † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Das Ende des Streiks in der Viehselber Wäscheindustrie. Von N. N. — Notizenteil: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Frauenbewegung. — Literarisches.

Philisterweisheit vor dem Reichstag.

Die Äußerungen, mit denen sich Wilhelm II. in Königsberg gegen die Bestrebungen der Frauen nach Rechtsgleichheit mit dem männlichen Geschlecht gewendet hat, sind bekannt. Sie sind der geistige Niederschlag von gesellschaftlichen Verhältnissen, die zum großen Teil bereits der Vergangenheit angehören und von der starken Faust des Kapitalismus mit jedem Tage gründlicher fortgesetzt werden. In ihrem Sinne unterscheiden sie sich in nichts von den Anschauungen, wie man sie gelegentlich von ehrsamem Philistern mit um so größerer Leidenschaft verkünden hört, je weniger diese Herren daheim gegen ein höchstens heuchlerisch verbrämtes Pantoffelregiment aufzumucken wagen. Was in ihrem Falle die aus der Enge der Werkstatt oder Schulstube geborene Beschränktheit bewirkt, das ist im Falle des Deutschen Kaisers auf Rechnung der drückenden Fülle der Regierungsgeschäfte zu setzen: die vollständige Unbelanntschaft mit der Revolution, die sich in der wirtschaftlichen Tätigkeit großer Frauenmassen und damit in ihrem Fühlen und Denken vollzogen hat und weiter vollzieht, eine Revolution, die die Interessensphäre des weiblichen Geschlechts verschiebt und seinem Wollen neue, historisch bedingte Ziele steckt. In der Tat: man vergegenwärtige sich, daß die Zeit und Kraft Wilhelms II. aufs äußerste zum Wohle des Reiches und zur Hebung seiner Kultur von Reisen und Reden beansprucht wird, von den Sorgen zur Bestellung der geeigneten „Handlanger“, der Erfindung neuer Uniformschnüre, der Injzenierung von Prachtstücken, zur Vorbereitung von Jagden usw. Wäre es da nicht unbillig, von dem überlasteten Manne zu verlangen, sich auch noch um solche Kleinigkeiten wie die letzte offizielle Gewerbe- und Betriebsstatistik aus dem Jahre 1907 zu kümmern, die ausweist, daß von Deutschlands weiblicher Bevölkerung rund 9 1/2 Millionen durch Berufsarbeit ihr Brot erwerben müssen. Jedoch die persönliche Meinung des Deutschen Kaisers in allen Ehren, unbestritten auch sein Recht, ihr ebensogut öffentlichen Ausdruck zu geben, wie dies etwa der Rentier Müller in Byrlehude oder der Herr Alzjor Schulze in Kuhshnappel tut. Wir müssen aber mit „der Schwäche der menschlichen Natur“ rechnen und dürfen

nicht vergessen, mit welchem Recht der Dichter sagt: „Denn aus Gemeinem ist der Mensch gemacht, und die Gewohnheit nennt er seine Amme.“ Von allzu vielen Deutschen gilt noch keines bitteres Wort, daß ihnen nur der Schwanz zum Wedeln fehlt. Die Privatansicht des Kaisers, der dieser mit der rühmenswerten Offenheit und Geradheit seines Wesens Ausdruck verliehen hat, kann daher nur zu leicht zum Glaubenssatz des beschränkten Untertanenverstandes werden, der leider oft genug auch in Amt und Würden hockt. So ist es möglich, daß das, was auszusprechen Wilhelm II. ein zwingendes Herzensbedürfnis war, wenigstens vorübergehend die Widerstände gegen die Forderungen stärkt, welche die Frauen und vor allem die kämpfenden Proletarierinnen erheben. Es war somit eine Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie in ihrer parlamentarischen Abrechnung mit dem persönlichen Regiment sich auch mit der Ansicht des Deutschen Kaisers über die Pflicht und Stellung der Frauen auseinandersetze. Wir geben die diesbezüglichen Ausführungen nach dem Stenogramm der Reichstagsverhandlungen wieder. Genosse Ledebour sagte:

„Eine der Äußerungen Wilhelms II. bezieht sich auf die Aufgaben der deutschen Frau. Kaiser Wilhelm II. glaubt nämlich, allen möglichen Männern und Frauen, Berufen und Klassen gute Lehren erteilen zu müssen, wie sie sich zu verhalten haben. Er tritt so als praeceptor Germaniae und Borussiae auf (Schulmeister der Deutschen und Preußen). Dabei dienen ihm Erzählungen aus seiner eigenen Familie wieder als leuchtende Beispiele, besonders erscheint die Königin Luise als so eine Art preußische Nationalheilige. Nach Auffassung Kaiser Wilhelms II. sollen die deutschen Frauen von ihr lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun könne, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie. Sie solle die junge Generation erziehen vor allem zum Gehorsam und Respekt vor dem Alter, sie solle Kindern und Kindeskindern klarmachen, daß es heute nicht darauf ankommt, sich auszulieben auf Kosten anderer (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), sein Ziel zu erreichen auf Kosten des Vaterlandes, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge zu haben, einzig und allein alle Kräfte und Sinne für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen. (Zurufe: Sehr richtig!) Ich höre da auf verschiedenen Seiten des Hauses „Sehr richtig“, sogar ein nationalliberales. Ich hätte geglaubt, meine Herren, daß die Mitglieder dieses hohen Hauses etwas mehr Kenntnis von den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen unseres Vaterlandes haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), als in den verlesenen Worten jutage tritt. (Zuruf von den Nationalliberalen: Sehr richtig!) Freut mich, daß einer wenigstens unter Ihnen ist, der mir darin zustimmt. (Lachen.)

Nun, meine Herren, weshalb sind gerade in heutiger Zeit die Frauen so vielfach genötigt worden, in das öffentliche Leben hineinzugehen, nicht bloß bei uns, sondern in allen kapitalistischen Ländern? Weil sie hineingerissen werden in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben der ganzen Nation, weil sie im täglichen Kampfe in schwerer, mühseliger Arbeit für sich selbst und für ihre Kinder ihr Brot erwerben müssen unter viel ungünstigeren Verhältnissen als die Männer, die in den Wirtschaftskampf hineingerissen sind. Deshalb müssen sie sich betätigen im öffentlichen Leben, in wirtschaftlichen Organisationen; sie können auch gar nicht umhin, sich hineinanzufügen in den politischen Kampf. Sie müssen dieselben Rechte fordern wie

die Männer, um denselben Kampf führen zu können. Das ist unausbleiblich, ist absolut notwendig und ist gut. Das braucht eine Frau, die sich öffentlich betätigt, nicht zu hindern, deshalb im Hause eine gute Mutter, eine gute Hausfrau und eine gute Erzieherin ihrer Kinder zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die wir inmitten dieser Frauen tätig sind, mit ihnen arbeiten, wir können das besser beurteilen als Sie und besser beurteilen als Kaiser Wilhelm II. (Zurufe), der nur durch die Höflingsbrille von dem Leben des Volkes etwas zu sehen bekommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Oh)

Also jene Ermahnung Kaiser Wilhelms II. muß auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden. Aber ich frage Sie noch: Welchen Eindruck muß das machen auf diese Millionen erwerbender und darbender Frauen, wenn ein Mann ihnen glaubt sagen zu müssen, es komme heute nicht darauf an, „sich auszuleben auf Kosten anderer“, und wenn obendrein diese Mahnung an sie gerichtet wird von dem Träger der preußischen Krone, dem soeben erst wegen der Steuerungsverhältnisse auf Kosten der preußischen Steuerzahler — darunter vieler darbender und arbeitender Frauen, die er hier harangiert hat —, die Zivilliste um 3½ Millionen Mark erhöht worden ist —?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Können Sie sich da hineinversetzen in die Seelen dieser Frauen und sich denken, welch tiefgehende Empörung diese da ergreifen muß? Haben Sie gar kein Gefühl dafür, daß auch uns diese Empörung ergreifen muß? (Zurufe.) — Ja, wundern tut es mich nicht, daß Sie diese Empörung nicht teilen; aber Sie können versichert sein: diese Empörung wird weiter wirken, und ich hoffe: Kaiser Wilhelm II. wird es noch erleben, daß die proletarischen Frauen und alle die Frauen, auch aus bürgerlichen Kreisen, die mit ihnen für diese Rechte kämpfen, noch diese Rechte erobern werden, — gegen ihn, wenn es sein muß, und gegen die herrschenden Klassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Genosse David wendet sich mit folgenden Ausführungen gegen die Ansicht Wilhelms II.:

„Wir rufen zur Sammlungspolitik auch die Frauen auf. Zu dem Thema, das ja auch heute hier berührt worden ist, will ich noch eine Bemerkung machen. Als in Königsberg den Frauen der Rat gegeben wurde, sie sollten sich nicht um Politik, sondern um ihren Haushalt kümmern, da wurde ihnen eine Frau vorgeführt, die Königin Luise, die gerade wegen ihres politischen Verdienstes von ihrem Enkel so hoch gerühmt worden ist. (Zuruf rechts: Als Königin.) Ach so! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Hier wollen Sie also gleich auch unter den Frauen verschiedene Rechte etablieren. Die Königin darf sich das erlauben, die darf politische Aktionen machen. Die Damen am Hofe haben es ja von jeher getan. Sie wissen es ja, meine Herren: *Où est la femme?* Bei allen höfisch-politischen Intrigen haben die Damen sich niemals bloß um ihren Haushalt gekümmert, und wird die Königin Luise als ein leuchtendes Vorbild wegen ihrer politischen Betätigung gepriesen, dann sage ich: ihr deutschen Frauen, auch ihr, die ihr keine Königinnen seid, nehmt euch diese politische Betätigung zum Muster, tretet auch hinaus auf den politischen Kampfplatz und werft euren Einfluß in die Waagschale, wo es gilt, das Deutsche Reich vorwärts zu bringen! Am Tage der Königsberger Rede oder einige Tage nachher war auch die Tochter des Kaisers in der „Woche“, die mir zufällig auf der Reise in die Hand fiel, abgebildet in der Uniform eines Kavallerieregiments, wie sie die Front „ihres Regiments“ abtritt. Das war wohl auch eine Betätigung hausfraulicher Pflichten (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und ein Fernhalten von allen Dingen, die der Frau nicht anstehen?! Es war wohl kein Schielen nach Männerrechten und Männermetiers?

Wenn doch die Herren, die das Ohr des Sprechers in Königsberg haben, ihn wenigstens auf diese trassen Inkonsequenzen hinweisen wollten, die er bei seinem Appell an die Frauen, sich zu beschränken auf die Hausfrauentätigkeit, übersehen hat. Ich hoffe, die Frauen werden sich die Königsberger Rede gemerkt haben, und wenn sich die Schlachtlinien bei den nächsten Wahlen formieren, werden sie auf unserer Seite stehen.“

Die Redner aller bürgerlichen Parteien waren durch die Situation Angeficht zu Angeficht mit der Pflicht gestellt, ihre Auffassung in der Frauenfrage zu bekennen. Und sie haben durch ihr Reden oder auch Schweigen wieder einmal erhärtet, daß die Sozialdemokratie zur Stunde in Deutschland immer noch die einzige große Partei ist, die unter allen Umständen mit Ernst und Treue für das ungeschmälerte Recht des weiblichen Geschlechts eintritt.

Der parlamentarische Zentrumsdiplomate Freiherr v. Hertling lenkte die Aufmerksamkeit von dem Kernpunkt der Sache ab. Mit theatralischer Entrüstung verteidigte er gegen Rede-

bour des Königs Ansicht, „wenn er als den höchsten und schönsten Beruf der Frau bezeichnet, daß sie im Hause als Gattin und Mutter der Kinder waltete.“ Wie hätte auch das Zentrum offen, rückhaltlos einen festen prinzipiellen Standpunkt in der Frauenfrage vertreten können! Wohl gibt es in seinen Reihen und seiner Gefolgschaft eine Minderheit, welche die gewandelte Zeit und ihre sozialen Lehren erfaßt und freie Bahn, gleiches Recht für das weibliche Geschlecht fordert, das Wahlrecht unbegriffen. Hat doch der Umschwung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen mit der Sorge für des Lebens Unterhalt und Inhalt für Hunderttausende gläubiger Katholikinnen eine katholische Frauenbewegung in Fluß gebracht. Aber die einsichts-volle Minderheit ringt mit einer Mehrheit, die noch vollständig in die Fesseln des Vorurteils und des kirchlichen Dogmas geschlagen ist. Und wenn die Minderheit auch schon einflußreich genug ist, daß es klug schien, ihre Auffassung nicht direkt zu verletzen, durfte sie doch bei diesem Anlaß nicht zu Worte kommen, wo sich das Zentrum vor allem als Regierungspartei und darüber hinaus als des Kaisers getreuester Lakai erweisen wollte.

Der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei drückte sich um eine Stellungnahme mit der billigen Anrede herum, die Äußerung Wilhelms II. sei „nicht von solcher Bedeutung“, daß sich der Reichstag „längere Zeit mit ihr abgeben könne“. Äußerungen, die die größere Hälfte der Bevölkerung des Deutschen Reiches angehen, und die bei dem ausgezeigten Stande der Dinge nicht ohne Einfluß auf die nächste Tagespolitik bleiben können! Aber der Redner der bürgerlichen Demokratie hieß Herr v. Payer, das erklärt alles. Dieser Führer des Fortschritts nach rückwärts in puncto Frauenfrage gehört zu den Prachtexemplaren spießbürgerlicher Auffassung, die verdienen würden, ausgeklopft oder in Spiritus gesetzt zu werden als Schulbeispiel für die Logik und den weiten Blick, die die Natur angeblich zu ausschließlichen Erbklüden des männlichen Geschlechts gemacht haben soll. Es war selbstverständlich, daß dieser ebenso überzeugte als beschränkte Gegner der Frauenrechte auch nicht ein einziges Wort auf seiner redengewaltigen Zunge hatte, um die geschichtliche Berechtigung der Frauenfrage zu verfechten. Die boshafte Laune der Geschichte aber wollte es, daß die Fortschrittliche Volkspartei die Sache der Frauen vor dem persönlichen Regiment gerade in dem Augenblick im Stiche ließ, wo die „liberalen“ Frauenrechtlerinnen ihre Hoffnungen auf die Verjüngung dieser Partei durch die großen Prinzipien „echten Liberalismus“ wie Frühlingslärchen in die Lüfte tirillieren. Doch seien wir nicht zu hart gegen die Fortschrittliche Volkspartei. Hat sie wirklich inneren, treibenden Anlaß, einen großen parlamentarischen Aufwand für die Frauenbewegung zu vertun, solange sie sich standhaft weigert, in ihrem Programm die volle soziale, politische Gleichberechtigung der Geschlechter anzuerkennen; solange bürgerliche Frauenrechtlerinnen für alle Fußtritte, die ihr Liebeswerben erhält, nur mit dem Gelöbniß eifrigerer Dienste quittieren; solange diese Damen selbst allerhöchste Philisterweisheit nur mit demütigem stehendem Gewinzel beantworten?

Immerhin erwies sich der nationalliberale Herr Wassermann klüger als sein linksliberaler Bruder. Er opponierte dem kaiserlichen Verdammungsurteil über die Frauenbewegung so sänftiglich, wie dies ein echter und gerechter Nationalliberaler nur tun kann. Daß die Interessen wachsender Frauenmassen über den Kochtopf und das Strämpfeskrücken hinausgehen, damit findet sich der wirklichkeitskundige nationalliberale Führer als mit einem Äbel ab, gegen das nun einmal in dieser besten aller Welten kein Kraut gewachsen ist. Jedoch suchen wir in seinen Ausführungen vergebens einen Satz, welcher der großen geschichtlichen, kulturellen Tragweite des Umschwungs gerecht würde, der die Frauen wieder aus der häuslichen in die gesellschaftliche Produktion einführt und sie zu Gleichberechtigten der Männer, zu freien Gesellschaftsbürgerinnen erhebt. Statt einer unabweidenden Proklamation der Frauenrechte ein freundliches Kompliment vor ihnen, vorausgesetzt, daß sie sich hübsch bescheiden auf dem Boden des „wirtschaftspolitischen“ Lebens halten. Doch man höre Herrn Wassermann selbst:

„Ich muß ein Wort sagen über die Folgen der kaiserlichen Bemerkungen, und da möchte ich dreierlei herausgreifen. Das erste ist die Frauenfrage gewiß sympathisch berührende Äußerungen, ein Ideal darstellend, daß die Frau in erster Reihe in das Haus gehört, bestimmt ist, für das leibliche und geistige Wohl des Mannes, der Kinder zu sorgen. Aber wie steht diese Frage, wenn man die ganze wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit dabei ins Auge faßt? Darüber ist doch kein Zweifel: die Not des Kampfes ums Dasein treibt die Frau aus diesem Ideal hinaus. Das ist doch die Ursache, daß die Frau in die Fabrik geht, und daß über den Arbeiterstand hinaus in den Kreisen unseres Mittelstandes und unserer Beamten-schaft die Töchter genötigt sind, den häuslichen Herd zu verlassen und ihr Brot draußen im Kampfe des Tages zu verdienen. Meine Herren, das ist die andere Seite der Frage, die man auch betonen muß. Und wenn nun diese Frauen, die in das Berufsleben hinausgestellt sind, sich zu interessieren beginnen für wirtschaftspolitische Probleme, für das ganze Gebiet der sozialen Fragen, die auch in ihr eigenes Berufsleben hineinschneiden, und wenn dann darüber hinaus in unserem deutschen Frauenleben das politische Leben im allgemeinen erwacht, so sind das natürliche Erscheinungen unserer Zeit mit all ihren schweren Kämpfen, die die starke Volksvermehrung und der schwerer gewordene Kampf ums Dasein uns auferlegt. Das ist die rauhe Wirklichkeit, die hier eingreift in den Frieden des häuslichen Herdes und die Frau hinausstellt in die rauhe Außenwelt. Wenn dann aus Anlaß dieser Entwicklung Erörterungen und Kritik der kaiserlichen Rede sich anknüpfen, so möge man doch ja nicht meinen, daß das nur in sozialdemokratischen Kreisen geschehe. Wie sind Versammlungen deutscher Frauen bekannt, in denen liberal und konservativ gesinnte Frauen und Frauen von Männern, die auf dem Boden dieser politischen Anschauungen stehen, doch eben diese kaiserliche Rede zum Anlaß weitgehender und eingehender Diskussionen und Widersprüche gemacht haben.“

Schwächlichkeit und Halbheit der liberalen Parteien, die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu verteidigen, frische Forderungen der Konservativen dagegen, sie zu bekämpfen, insbesondere aber die Gleichberechtigung der Proletarierinnen. Herr v. Diersen erklärte als Wortführer der Junker:

„Zunächst die Frauenfrage. Es ist von dem Herrn Abgeordneten Ledebour mit einem gewissen Aufwand von Emphase gesagt worden, die deutschen Arbeiterfrauen würden es dem Kaiser nicht vergeffen, wie er sich zur Frauenfrage gestellt hat. . . . Seine Worte sind dem überwiegenden Teil der deutschen Nation aus der Seele gesprochen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Kaiser darauf hingewiesen hat, daß die deutsche Frau in der Stille wirken und arbeiten soll, so ist damit selbstverständlich nicht gesagt, daß der auf den Erwerb angewiesenen Frau verwehrt sein soll, in die Öffentlichkeit zu treten, um Arbeit zu suchen. Wohl aber hat der Kaiser — und ich glaube, da steht die Majorität der Nation ganz auf seiner Seite — es nicht für wünschenswert erachtet, daß die Frau sich ins öffentliche Leben hineindrängt. Der Herr Abgeordnete David hat als Gegenbeispiel auf die Königin Luise hingewiesen, die sich mit Politik beschäftigt habe, und die Frage aufgeworfen, wie das mit den Ausführungen des Kaisers vereinbar sei. Auf meinen Zwischenruf „als Königin“ hatte ich die Freude, die Heiterkeit der sozialdemokratischen Partei zu ernten. Ja, meine Herren, die Rolle einer Königin in einem solchen Falle ist doch eine andere als die einer Arbeiterfrau. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Für die Königin war es in den damaligen traurigen Zuständen, in den jammervollen Zeiten des Niederganges Preußens eine Pflicht, an der Seite ihres Mannes zu stehen, mit an die Spitze der Nation zu treten, zu trösten und sich zu zeigen als das Muster einer deutschen Frau. Von einer Arbeiterfrau kann das nicht verlangt werden, sie wäre dazu nicht imstande und nicht berufen. Es handelt sich nicht um größere Rechte, sondern um schwerere Pflichten, die jene Königin erfüllt hat in einer Weise, die wir heute noch mit Hochachtung und Bewunderung anerkennen.“

Wie man sieht: eine untertänige Aufwärmung der irrümlichen kaiserlichen Ansichten, verhöflet durch den Grundsatz, daß auch in betreff der Frauenbetätigung zweierlei Recht gelten müsse. Die Fürstin, die am politischen Leben teilnimmt, um ihre dynastischen Interessen zu wahren — wenn auch nur durch müßiges Schaugepränge und Känstelspiel —, übt eine heilige Pflicht. Die Proletarierin, die offen für ihr Recht, für das Recht ihrer Klasse, der Menschheit kämpft, ist eine „Megäre“, die wider die heiligsten Güter ihres Volkes frevelt. Wir sind Herrn v. Diersen für das offene Bekenntnis dankbar. Mit einem

unverhüllten Feind zu kämpfen ist ekspriesslicher als einen unzuverlässigen Bundesgenossen zur Seite zu haben. Und so betrachtet, können die Verhandlungen im Reichstag wie die Königsberger Kaiserworte nur klärend wirken.

Die Klassenbewußten Proletarierinnen erblicken der Welt Lauf und die Vorbilder ihres eigenen Seins und Wirkens im Lichte der Geschichte. Sie lassen ihr Urteil weder durch den gefühlseligen Überschwang achtungswerter Ahnenverehrung, noch durch die verächtliche Speichelleckerei höfischer Klitterung oder durch die herrische Geste eines überzeugten Gottesgnadentums beirren. Das Ideal, dem sie nacheifern, muß von einem anderen geistigen und sittlichen Maße sein als die allerhöchste Urgroßmutter Wilhelms II., denn ihr Streben ist auf ein kühneres, gewaltigeres Ziel gerichtet, als irgend eine Fürstin sich je erkoren: auf den Sturz einer alten, auf den Aufbau einer neuen Welt. Darum lassen sie sich auch nicht, einer Kronenträgerin gleich, von einem Instrument des Himmels den Strickstrumpf in die Hand drücken und aus dem öffentlichen Leben verweisen. Sie kämpfen weiter in der unerschütterlichen Überzeugung, daß mit ihnen im Bunde geschichtliche Mächte sind, welche früher oder später die Fürstentronen so unvermeidlich in die geschichtlichen Museen verbannen werden wie die Kunkel und den Spinnrocken. Philisterweisheit vermag daran nichts zu ändern.

Weihnacht.

„Friede und Freund'
Wird uns verständiget heut,
Freut euch, Hirten und Herden.“

Heiliger Abend! Weihnacht! Worte voll schwärmerischer Bedeutung, voll lieblichen Klangs, die Tausende Herzen schneller schlagen machen in kindlichfrommer Ergriffenheit und hoffnungsfroher Erwartung. Gnadenbringende, selige Zeit, unwoben vom holden Zauber sorglich waltender Liebe, bestrahlt vom reinen Glanze frohverlangender Kinderaugen, erfüllt vom jauchzenden Jubel jungfrischer Stimmen. Und doch das Fest der Heuchelei, und doch das Fest der Lüge.

Lüge! Klingt es grollend empor aus den Tiefen des Glends, darinnen die Glücklosen hausen, wenn die erzenen Zungen der Glocken klangvoll, gewichtig die Volkshaft von der Erlösung der Armen und Glenden durch die Lande tragen. Lüge! blüht es flammend aus den Myriaden Tränentropfen, die brennend den wehen, glückshungrigen Augen darbender Kleinen ent-rinnen. Für sie wäre der göttliche Kinderfreund nackt und bloß zur Erde gestiegen, für sie hätte er dulbend die Marteru Golgathas auf sich genommen? Lüge! ringt es sich qualvoll aus den zerrissenen Herzen der proletarischen Schmerzensmütter, wenn fromme Weisen das arme Weib aus Bethlehem lobpreisen, weil seine Mutterschaft der Welt das Heil gegeben haben soll. Ist nicht auch ihr Schoß gebenedeit, ist nicht auch seine Frucht geheiligt durch die Kraft reiner Liebe hingebungs-voller Opferebereitschaft? Und doch, wer von den Gläubigen — Königen und Hirten — bettet ihnen ihre Christkindlein auf duftende Streu, wer füllt der proletarischen Brut das Schüssel-lein mit nährender Speise, wenn der ausgemergelte Körper der Mutter ihr den süßen Born des Lebens nicht zu spenden vermag?

Es ist nicht der grimme Fluch eines zürnenden, strafenden Gottes, der die Kinder der Armen verdammt, zu Zehntausenden hinzusterben, da sie noch kaum zu leben angefangen haben, gleich leuchtenden Blüten, die der Raufreif getroffen hat. Nicht das grausame Gebot eines „himmlischen Herrn“ treibt die Armen durch das Dasein, ohne Sonne, ohne Liebe, ohne Glück, auf steinigem, dornenvollen Pfaden, die ihnen stets von neuem die müden Sohlen blutig reißen. Es ist der Geschichte eheernes Muß, die unabwendbare Folge der heutigen gesellschaftlichen Ordnung, die den Ausgebeuteten wie den Ausbeutern ihre Stellung im Wirtschaftsleben zuweist und ihnen nach ihrer Klassenzugehörigkeit ihren Anteil an den Gütern und Freuden des Lebens lärglich oder reichlich bemißt. Mögen die Weihnachtsglocken noch so feierlich summen: Friede auf Erden und

allen Menschen ein Wohlgefallen, sie machen das Kampfgelächter nicht ruhen, den Waffenschall nicht verstummen, die die Heerlager der Hungrigen und der Satten erfüllen. Mögen die Geschickelten und die Geschorenen noch so salbungsvoll predigen von der Heiligkeit des Bundes, der alle Menschen zu Kindern eines Vaters macht und sie mit dem holden Bande der Bruderliebe umschlingt. Ihre glatten Worte können den bodenlosen Abgrund nicht überbrücken, der die Klassen der Besitzlosen und der Besitzenden voneinander trennt. Die Worte der christlichen Liebe haben des Schlundes „Dämon“, die Not, trotz jahrtausendlanger Frist nicht zu bannen vermocht, wie sie uns glauben machen wollen. Sie hebt auch heute ihren Riesensleib aus den Quartieren der Arbeit und reckt die hageren, sehnigen Arme mit anklagender Gebärde gegen die Schlösser und Paläste, welche dem tagdiebenden Reichtum von den Habenichtsen errichtet worden sind, die vor den Toren hungern; gegen die Stätten, wo verlorene Kinder der Armut im gleißelnden Kleide der Schande ihre Schönheit und Jugend verschachern an die zahlungsfähige Gemeinheit; gegen die Schädelstätten verirrten Menschentums in Zuchthäusern, zertretenen Menschentums in Invaliden-, Armen- und Irrenhäusern.

„Friede und Freud“. Mit schmerzlich starrem Blick schaut die Mutter aus dem werktätigen Volke nach einem wüsten Gelände, auf dem bleiche menschliche Gebeine, zerbrochene Waffen im Mondenlichte schimmern. Vor kurzem standen sich hier Tausende kampferüstet gegenüber, um einander, getrieben von dem Willen beutelüsterer herrschender Klassen, gleich wilden Tieren zu zerfleischen; Priester und hatte sie vorher geweiht zu ihrem brudermörderischen Werke. Hei! wie die Trommeln wirbelten und der Donner der Geschütze grollte! Lichte Sonnenstrahlen stahlen sich durch den Pulverdampf und hufchten tänzelnd an den blanken Bajonetten auf und nieder, bis die ihr Ziel gefunden hatten: warme, zuckende Menschenleiber. Daheim aber warten unzählige Mütter vergeblich auf die Wiederkehr ihres prächtigen Jungen, und Tausenden von Sattinnen kehrt der Vater ihrer Kinder nicht wieder zurück.

„Ein Wohlgefallen allen!“ Mit zerrissenem Herzen zählt die sorgenbeschwerte proletarische Hausmutter die Groschen nach, ob sie hinreichen werden, an den Feiertagen über die Stillung des nackten Hungers hinaus ein bescheidenes Festgericht auf den Tisch zu bringen. Hat nicht die Politik des Zoll- und Steuerwuchers alles verteuert, was des Leibes Nahrung dient, reißt sie nicht buchstäblich den Armen und Armsten das letzte Stücklein Brot und Fleisch vom Munde? Was soll's mit der Pracht, der Fülle der Waren, die Genuß und Spiel verheißend hinter den glänzenden Spiegelscheiben der Läden locken! Sie sind nicht für die Lebensnotdurft derer da, die sie geschaffen haben, nicht in deren Dasein sollen sie einen Strahl Freude tragen. Sie sind für die Auserwählten bestimmt, die zu zahlen vermögen, und sollten die Vorräte gleich unverkauft verderben. Den Ausgebeuteten zur Geißel der Fron die Peitsche der Entbehrungen, der Qual, die sehnsüchtigen Augen von Kleinen zu sehen, die ihr Recht auf Kindheitsglück fordern. Und im Lichte der eigenen Sorgenpein und Entfagungen tanzen vor den Augen der Proletarierinnen die fast 2 1/2 Milliarden vorüber, die der Brotwucher allein in die unergründlichen Taschen der getreidebauenden Großgrundbesitzer schleppt, die 3 Millionen, um welche das Jahresgehalt für das Instrument des Himmels in Preußen der Teuerungspreise halber erhöht worden ist. Zehnfach drückt die Bürde des Jammers, die sie tragen. Sollen sie mit den Jährigen ewig schufsten und darben, damit andere im Überfluß leben?

Überall Not und Tod für die glücklosen Enterbten, überall ein Golgatha, doch kein Bethlehem und kein Heil und keine Erlösung. Keine Erlösung? Wirklich? Was bewegt die bleichen, aufrechten Proletariergestalten, die im gewaltigen Zuge des Klassenkampfes dem dämmernden Morgen einer neuen Zeit bewußt entgegenzueilen und mit dem sieghaften Zauber ihrer zukunfts-freudigen Augen die sie Begegnenden zwingen, ihnen Weg- und Zielgenossen zu werden? Nicht der dunkle mystische Drang treibt sie vorwärts, der dem verträumten Geiste des religiösen Schwär-

mers einen Garten Eden vorgaukelt. Ein anderes ist es: die klare, lichtvolle Erkenntnis, daß sie, die Kämpfer der neuen Zeit, berufen sind, durch die geschichtliche Notwendigkeit das Werk zu vollbringen, dessen Erfüllung einem „gottgesandten Messias“ versagt bleiben mußte: die Erlösung und Befreiung der Menschheit von dem harten Doppeljoch der Sklaverei der Not und der Not der Sklaverei. Ihr kühner, trotziger Geist weist den Wechsel auf die ewige Seligkeit im Jenseits als eine Entschädigung dafür zurück, daß die Ausgebeuteten ein Erdenleben voller Qual und Kummernis ertragen mußten; fremd ist ihnen auch jene knechtliche Entfagung, die sich an den Prosaenen von des Prassers Tische genügen läßt, weil sie den Mut nicht findet, ihr Teil vom Mahle des Lebens als gutes Recht zu fordern. Ihre Arme straffen sich in freudig drängender Tatkraft, die getragen ist von dem starken Willen zum Leben, einem Leben, dessen Ernst durchsonnt ist von dem reichen Glanze der Freiheit und echtem Glücke. So ziehen sie vorwärts, Männer und Frauen, hochgemuten Sinnes, um sich und ihren Kindern das Bethlehem der Zukunft zu bereiten. Ihnen zu Häupten strahlt ein klarer Stern: Es wird vollbracht. B. Selinger.

Die Beschlüsse der Reichsversicherungsordnungskommission in der ersten Lesung.

II. Die Leistungen der Versicherung.

Die Leistungen der Arbeiterversicherung müssen so sein, daß den Arbeitern für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit ihre Lebenshaltung gesichert ist. Denn schon bei voller Arbeitsfähigkeit können die Arbeiter in der Regel noch nicht einmal die unbedingt notwendigen Ausgaben bestreiten, so daß jede weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung nicht nur einen Kulturrückschritt bedeutet, sondern auch zur schweren Schädigung der körperlichen und geistigen Gesundheit der Arbeiter führen kann.

Leider sind jedoch die Leistungen der Arbeiterversicherung nach dem geltenden Recht durchaus ungenügend, und die Regierungsvorlage für die Reichsversicherungsordnung hat auch nicht die nötigen Verbesserungen gebracht. Um so mehr hätte die Reichstagskommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnungsentwürfe auf diesem Gebiet eine wichtige Aufgabe zu erfüllen gehabt. Aber sie hat auch hier in der ersten Lesung so gut wie ganz versagt. Das werden wir an einigen der wichtigsten Beschlüsse nachweisen.

Die baren Leistungen der Krankenkassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt das durchschnittliche Tagesentgelt derjenigen Klassen Versicherter, für die die Kasse errichtet ist. Jedoch sollte höchstens ein Betrag von 4 Mk. für den Arbeitstag angerechnet werden. Wenn eine Kasse es ausdrücklich in ihrer Satzung bestimmt, kann sie den Höchstbetrag auf 5 Mk. pro Tag erhöhen. Hier konnten die Sozialdemokraten es nicht durchsetzen, daß unter allen Umständen für die Berechnung der baren Leistungen der volle Verdienst der Arbeiter zugrunde gelegt wird, wohl aber wurde der Höchstbetrag für die Regel von 4 auf 5 Mk. und für jene besonderen Fälle nach den Satzungen der Kasse von 5 auf 6 Mk. pro Arbeitstag erhöht.

Als Krankengeld haben die Krankenkassen in der Zeit, in der der Kranke arbeitsunfähig ist, den halben Grundlohn für jeden Arbeitstag zu zahlen. Die Sozialdemokraten forderten selbstverständlich das Krankengeld in der Höhe des ganzen Verdienstes des Arbeiters. — Ferner wird das Krankengeld erst vom vierten Krankheitstag ab gewährt; an den ersten drei Tagen der Krankheit erhält der kranke Arbeiter nichts. Auch das ist ungerecht. Das Krankengeld muß vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab ausgezahlt werden. Beide Verbesserungen aber lehnte die Kommission ab.

Freilich ist es den einzelnen Kassen gestattet, durch besondere Bestimmungen in ihren Satzungen diese und andere Leistungen zu erhöhen. Das sind die sogenannten fakultativen Leistungen, das heißt Leistungen, zu denen die Kasse berechtigt, aber nicht verpflichtet ist. Auf diese Leistungen gehen wir heute nicht ein, da

noch nicht zu übersehen ist, in welchem Maße die Klassen von ihrem Rechte, die Leistungen zu erhöhen, Gebrauch machen werden.

Wochenhilfe soll solchen Wöchnerinnen zustehen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind. Das Wochenlohn wird in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen ausbezahlt, von denen mindestens sechs auf die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf die günstig verlaufende Niederkunft. Sobald eine Wöchnerin die Hilfe des Arztes in Anspruch nehmen muß, gilt sie selbstverständlich als krank und hat Anspruch auf die ganze Krankenhilfe. Aber auch vor und nach einer günstig verlaufenden Niederkunft ist eine viel weitergehende Unterstützung notwendig. Hier ließen es die Sozialdemokraten wiederum nicht an den nötigen Verbesserungsvorschlägen fehlen, über die in diesem Blatte bereits eingehend berichtet worden ist. Alle diese Anträge wurden jedoch mit einer einzigen Ausnahme abgelehnt. Die einzige durchgeführte Verbesserung ist die, daß versicherungspflichtigen Ehefrauen im Falle der Niederkunft die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden muß. Ebenförmig gelang es den Sozialdemokraten, die Krankenhilfe auf die nicht versicherungspflichtigen Familienangehörigen der Versicherten auszuweiten. Einzig und allein die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe soll auch den versicherungsfreien Ehefrauen der Versicherten im Falle der Niederkunft gewährt werden.

Aber selbst gegen diese ganz ungenügenden Verbesserungen machen einige besondere „Arbeiterfreunde“ Stimmung. Daher besteht die Gefahr, daß diese Verbesserungen in der zweiten Lesung des Entwurfes wieder gestrichen werden.

Für die Dienstmöten ist die Krankenpflege besonders wichtig. Nach dem Regierungsentwurf muß zum Beispiel ein erkranktes Dienstmädchen, das zum Haushalt des Dienstrechtigen gehört, in ein Krankenhaus gebracht werden, wenn die Krankheit ansteckend ist oder wenn die Kranke nach der Art der Krankheit in dem Haushalt des Dienstrechtigen nicht oder nur unter erheblicher Belästigung des Dienstrechtigen behandelt oder verpflegt werden kann. Die Überweisung des Dienstmädchens in ein Krankenhaus sollte aber nur auf Antrag des Dienstrechtigen geschehen. Es bedurfte erst der Anregung der Sozialdemokraten, damit auch dem Dienstmöten selbst das Recht erteilt wurde, die Verpflegung im Krankenhaus zu verlangen. Bezeichnend ist es, daß aber auch gegen dieses Recht des Dienstmöten Einspruch erhoben worden ist, und daß versucht wird, es ebenfalls in der zweiten Lesung wieder zu beseitigen.

Aus der Unfallversicherung ist in erster Linie hervorzuheben, daß die Versicherung in der Regel nicht den ganzen Schaden ersetzt. Bei der Berechnung der Unfallschädigung werden nur zwei Drittel des Arbeitsverdienstes des Verunglückten berücksichtigt. Einzig und allein dann, wenn der Verletzte infolge des Unfalls so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, ist die Rente entsprechend, jedoch höchstens bis zum vollen Verdienst, den der Verunglückte gehabt hätte, zu erhöhen. Außerdem wird auch für die Berechnung der Unfallschädigung nicht immer der ganze Verdienst des Verletzten herangezogen. Vielmehr wird er, soweit er 1500 Mark pro Jahr übersteigt, nur mit einem Drittel angerechnet. Endlich beträgt die Rente für die Witwe und die Waisen des Verunglückten nur je ein Fünftel und zusammen für alle Hinterbliebenen höchstens drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes der Verunglückten. Trotzdem lehnte die Kommission alle Anträge der Sozialdemokraten ab, durch die die Unfallschädigungen erhöht werden sollten.

Die Höhe der Unfallschädigungen richtet sich nach zwei Umständen: erstens nach der Höhe des Arbeitsverdienstes des Verletzten und zweitens nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit infolge des Unfalls. Wenn sich im Laufe der Zeit der Grad der Erwerbsunfähigkeit verändert, so wird auch die Rente entsprechend geändert, das heißt in der Regel herabgesetzt oder ganz entzogen. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß

in den meisten Fällen der Verunglückte wieder eine größere Erwerbsfähigkeit erlangt, der Grad der Erwerbsunfähigkeit also geringer wird. Um so auffälliger ist es, daß die Veränderungen der Arbeitslöhne ganz unberücksichtigt bei den Änderungen der Unfallschädigungen bleiben. Denn dank der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung steigen in vielen Gegenden und Industriezweigen die Arbeiterlöhne, so daß die Unfallschädigungen unter Berücksichtigung der Lohnveränderungen erhöht werden müßten. Dies ist um so notwendiger, weil auch die Lebenshaltung immer mehr verteuert worden ist und deshalb eine Summe Geldes heute tatsächlich geringeren Wert hat, als sie zum Beispiel vor zehn Jahren gehabt hatte.

Daher beantragten die Sozialdemokraten, daß auch diese Ungerechtigkeit endlich beseitigt werde. Für Rentenempfänger sollte der Jahresarbeitsverdienst, der der Berechnung der Rente zugrunde gelegt worden ist, nach je zehn Jahren in dem Verhältnis, in dem der Durchschnittslohn nach der Aufstellung der Berufsgenossenschaft gestiegen ist, erhöht werden. Hiernach ist dann der Betrag der Rente neu festzustellen. — Auch diesen Antrag stimmten die bürgerlichen Parteien nieder. —

Was ist aber mit den Entschädigungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geschehen, die wegen ihrer Unzulänglichkeit fast allgemein als unhaltbar anerkannt werden? Bleiben doch die Invaliden- und Altersrenten nur zu oft hinter den Sägen der Armenpflege zurück! Und vollends die vorgeschlagenen Witwenrenten von zirka 30 Pf. pro Tag für ganz arbeitsunfähige Witwen und die vorgeschlagenen Waisenrenten von zirka 15 Pf. pro Tag. Sie müßten von den denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen geradezu als eine Verhöhnung empfunden werden. Dennoch zeigte sich hier wieder das alte Bild: alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten werden von den bürgerlichen Rednern niedergestimmt. Die einzige Erhöhung der Rente ist denjenigen Empfängern der Invalidenrente zugebacht, die Kinder unter fünfzehn Jahren haben. Ihre Rente soll für jedes Kind um ein Fünftel erhöht werden, aber höchstens bis zu dem anderthalbfachen Betrag.

Nicht einmal den kranken Invaliden- und Altersrentnern hat die Kommission die notwendige Krankenpflege, das heißt ärztliche Behandlung und die verordneten Heilmittel gewährt. Die Sozialdemokraten haben diese Leistung für die Invaliden- und Altersrentner gefordert, die keinen Anspruch mehr an die Krankenversicherung haben. Die Antwort der bürgerlichen Parteien darauf war: wir haben kein Geld dafür. Das ist die Arbeiterfreundlichkeit der Parteien, die immer wieder ungeheure Summen für Heer, Flotte und Kolonien bewilligen. gh.

Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit.

IV.

Auf welche Art und Weise sind die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes schädlich? Am Magen- und Darmkatarrh der kleinen Kinder sind vor allem die Bakterien schuld, die in die Kuhmilch beim Melken hineinkommen. Es gilt nun, dem Säugling eine bakterienfreie Milch zu reichen. Das geschieht dadurch, daß man die Milch kocht und die Bakterien dadurch abtötet. Das muß aber alles mit großer Sorgfalt geschehen, damit das bloße Aufkochen auch seinen Zweck erreicht! Sorgfalt wieder verlangt Zeit, die im Haushalt der arbeitenden Frau ein teurer Artikel ist. So kommt es, daß für die Gewinnung einer bakterienfreien Milch für den Säugling im arbeitenden Volke nicht alles Notwendige geschehen kann, was der Haushalt der Reichen ermöglicht. Es ist hier dasselbe wie mit der Zubereitung der Nahrung für den Erwachsenen: im Haushalt der arbeitenden Frau läßt sich wegen Mangel an Zeit eine schmackhafte Nahrung kaum zubereiten, auch wenn die Nahrungsmittel nicht schlecht sind.

Weiter ist die Zusammenfügung der Kuhmilch anders als die der Frauenmilch. Es bedarf bekamtlich besonderer Zusätze

(Wasser, Milchsücker), um die Kuhmilch der Frauenmilch ähnlich zu machen. Das alles verlangt wieder Sorgfalt, Zeit, genügendes Verständnis und häufig genug ärztlichen Rat, an dem es mangelt. Verdauungsstörungen sind ja stets bei künstlich ernährten Säuglingen zu befürchten, da die Kinder nicht immer die entsprechend zubereitete Kuhmilch vertragen.

Ein weiterer Nachteil der künstlichen Ernährung, wie er nur bei der ärmeren Bevölkerung in Betracht kommt und nicht bei den Reichen, ist der Umstand, daß die Kuhmilch gekauft werden muß. Sie ist eine Ware, von der der Proletarier das Billigste kaufen muß. So bekommt der Säugling der Armen von vornherein schlechtere Kuhmilch als der Säugling der Reichen.

Es ist noch von größter Bedeutung: bei Ernährung mit Kuhmilch im arbeitenden Volke ist es um die Pflege und Wartung des Säuglings fast stets schlecht bestellt. Der Säugling wird älteren Geschwister und häufig gar sich selbst überlassen. Dagegen übernimmt die stillende Mutter zugleich auch alle anderen Mutterpflichten ihrem Säugling gegenüber.

Alle diese Dinge häufen sich bei dem mit Kuhmilch ernährten Säugling der Armen und fallen sämtlich bei dem Säugling der Reichen weg. Die künstliche Ernährung hat in der Folge für den Säugling des Wohlhabenden nicht dieselben Nachteile und Gefahren wie für den Säugling des Proletariats.

V.

Und nun zur anderen Frage, die wir uns gestellt haben: warum die Zahl der Frauen zunimmt, die ihre Kinder nicht stillen.

Die alberne Behauptung, daß die Frauen des arbeitenden Volkes nicht stillen wollen, ist schon durch die Zahlen widerlegt, die oben mitgeteilt sind und die zeigen, daß gerade die Frauen der ärmeren Schichten des Volkes mehr stillen als die Frauen der Wohlhabenden.

Daß die Zahl der stillenden Frauen im arbeitenden Volke abnimmt, hat seine sozialen Gründe. Es ist eine Folge der Fabrikarbeit der Frau. Das Stillen des Säuglings wird der arbeitenden Frau ebenso erschwert wie die Erfüllung aller anderen häuslichen und mütterlichen Pflichten. Die kapitalistische Gesellschaft hat die Frau zur Fabrikarbeit gezwungen, ohne Ersatz für ihre Arbeit im Haushalt zu schaffen. Die arbeitende Frau kann nicht stillen, weil ihre Zeit nicht dem Kinde, sondern der Fabrik gehört.

Zweifellos gibt es auch Frauen, die ihre Kinder nicht stillen wollen: sie sind namentlich in den Kreisen der sehr reichen Leute zu finden. In jenen Kreisen, die uns den Verfall der kapitalistischen Gesellschaft charakterisieren, und in denen alles normale Menschentum einem raffinierten Individualismus hat weichen müssen. Hier wird die Mutterpflicht als lästig empfunden und auf bezahlte Leute abgewälzt: zuerst auf die Amme, dann auf die „Erzieherin“ oder den „Erzieher“. Was diesen Punkt betrifft, so hat die menschliche Gesellschaft sich wirklich nichts Teuflicheres ausdenken können, als die Amme, die von ihrem eigenen Kinde weggekauft werden kann. Es ist erstaunlich, wie gleichgültig wir an dieser Schande vorbeigehen. Nur in einer Gesellschaftsordnung, die in der Sklaverei ihre Grundlage hat — und das gilt für alle Klassenherrschaft —, ist eine solche Einrichtung möglich.

In einer großen Anzahl von Fällen, wo nicht gestillt wird, reichen die genannten sozialen Gründe nicht zur Erklärung des mütterlichen Unvermögens aus, dem Kinde die Brust zu reichen. Die medizinische Wissenschaft ist aber einstweilen außerstande, diese Unfähigkeit aufzuhellen. Manche Forscher glauben, daß der Alkohol daran schuld ist, daß Frauen, die von Alkoholikern abstammen, die Fähigkeit zum Stillen verlieren.

Schlußsätze.

Die Zahl der Kinder, die mit Muttermilch ernährt werden, geht mehr und mehr zurück.

Die Sterblichkeit der mit Kuhmilch ernährten Kinder ist mehr als fünfmal so groß als die Sterblichkeit der Kinder, die mit Muttermilch ernährt werden.

Besonders hoch ist die Sterblichkeit der künstlich ernährten Kinder an Magen- und Darmkatarrh. Sie ist bei ihnen vierzehnmal so hoch als bei den Brustkindern und macht beinahe die Hälfte aller Todesfälle bei den künstlich ernährten Kindern aus.

Das ist vor allem bedingt durch den großen Bakterienreichtum der käuflichen Kuhmilch.

Durch die Bakterienwirkung der Kuhmilch auf den Darmkanal der Säuglinge ist aber die verheerende Wirkung der künstlichen Ernährung noch nicht genügend erklärt: denn die schädliche Wirkung der künstlichen Ernährung ist bei den Armen und Reichen ganz verschieden.

Die Kindersterblichkeit ist bei den Armen bedeutend höher als bei den Reichen, obgleich die Zahl der stillenden Frauen in der arbeitenden Klasse (Arme) bedeutend höher ist als in der bloß die Früchte fremder Arbeit genießenden Klasse (Reiche).

Namentlich hoch ist die Sterblichkeit der Kinder der Armen an Magen- und Darmkatarrh.

Das kommt daher, daß die Sorgfalt um die Aufzucht des künstlich ernährten Kindes bei den Armen schlechter ist als bei den Reichen. Ein anderer Grund ist, daß die nichtstillende Mutter, die dem Verdienst nachgehen muß, die gesamte Pflege und Wartung des Säuglings in fremde Hände gibt, und daß der Säugling der Armen schlechte Kuhmilch bekommt.

Es ist eine Heuchelei und widerspricht der Wahrheit, wenn behauptet wird, die Arbeiterfrauen wollten nicht stillen. Es ist vielmehr eine Tatsache, daß die arbeitenden Frauen ihre Kinder stillen wollen, aber nicht können, weil es die Kapitalisten nicht wollen, daß durch das Stillen des Säuglings durch die ihnen verflante Arbeiterin der Profit geschmälert wird.

Es ist dagegen eine Tatsache, daß die Frauen der Kapitalisten ihre Kinder nicht stillen wollen, weil sie die Möglichkeit haben, diese „Last“ auf die gekaufte Amme abzuwälzen.

Es ist eine Heuchelei, wenn die Feinde der Arbeiterklasse behaupten, daß die Mutterpflichten die arbeitende Frau von der Teilnahme an den sozialen Kämpfen abhalten müsse.

Es ist vielmehr eine Tatsache, daß die Mutterpflicht die Proletarierinnen zum politischen und gewerkschaftlichen Kampfe an die Seite des Mannes ruft.

Dr. A. Lipius.

Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel.

III.

Appige Reklame wird auch auf dem Gebiet der „sozialen Fürsorge“ getrieben. Den Gipfel darin hatte Deutschland auf der Pariser Weltausstellung vor zehn Jahren erreicht. Es hatte da einen viele Meter hohen Goldobelisken errichtet, der, wenn er echt gewesen wäre, eine Milliarde Mark Wert gehabt hätte. Das sollte die Summe sein, die in Deutschland seit dem Inkrafttreten der Unfall-, Kranken- und Altersversicherung vom wohlthätigen Kapitalismus für die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen aufgewendet worden war. Je nun, der Obelisk war eben nicht echt; er war nur aus Pappe und mit Goldbronze anlackiert, also eine bestehend treue Nachahmung der ganzen deutschen Sozialreform, die auch nur von Pappe ist. Der Obelisk erregte trotzdem seinerzeit in Paris ungeheures Aufsehen und brachte Deutschland in den Ruf, das Land zu sein, das am besten für seine Arbeiter sorgt. Die deutsche Arbeiterpresse hat damals die berühmte „Renommier-Milliarde“ so mitteillos zerzaust, daß die deutsche Regierung sich diesmal vor ähnlichem Schwindel wohlweislich gehütet hat. Am Ende hätte es nichts geschadet, wiederum den Renommier-Obelisken hinzusetzen; nur hätten dann noch einige andere neben ihm Platz finden müssen. Etwa in dieser Reihenfolge:

1. einen Obelisken, der den Goldwert der Summe verkörpert, die Deutschland im letzten Jahrzehnt für Heer und Marine verausgabt hat; 2. einen solchen für die Summen, die dem deutschen Volke innerhalb zehn Jahren an Zöllen und indirekten Steuern abgeknöpft worden sind; 3. einen Obelisken für die Summe, die den Gewinn der deutschen Kapitalisten seit zehn Jahren repräsentiert; 4. einen solchen für die Summe, um welche Industrie, Bank- und Agrarkapital in edlem Wettstreit seit zehn Jahren den Staat an Steuern bemogelt haben; 5. einen Obelisken für die Liebesgaben aller Art, die seit zwanzig Jahren den Agrariern auf Kosten der Arbeiterfamilien in den Beutel geschüttet worden sind; 6. einen solchen für die Pensionen an noch völlig gesunde Offiziere, die das Malheur hatten, an der Majorsede oder einer sonstigen glatten Stelle auszugleiten.

Will das Deutsche Reich diese Obelisken, deren Zahl auf Wunsch verdreifacht werden kann, mit ausstellen, so mag es auch gern die soziale Renommier-Milliarde daneben setzen. Aber es wird sich hüten, weil sich dieser Obelisk allzu armselig neben den anderen ausnehmen müßte.

Bietet also Brüssel nicht den Barnum-Obelisken deutscher Sozialreform, so hat sich doch Deutschland in der Ausstellung eines Potemkinschen Dorfes gefallen. In einer mit hübschen Bäumen bestandenen Ecke hinter dem Deutschen Hause befindet sich ein schmuckes Dörfchen, das aus hübschen Einfamilienhäusern besteht, wie sie angeblich in Deutschland von Unternehmern für ihre Arbeiterfamilien errichtet worden sind. Der Katalog bezeichnet ausdrücklich zwei derselben als „Häuser für Industriearbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Die von hübschen Gärten umgebenen, von alten Bäumen beschatteten Häuschen sind bestechend. Welche Arbeiterfrau würde nicht gern darin hantieren! An eine nette Wohnstube reihen sich Kammer, Küche, Vaderaum, Vorratsgehalt und anderes Zubehör. Die Hauptsache ist nur, daß die Arbeiterfrau ein solches Heim hat. Und da fehlt es. Ohne Zweifel mögen irgendwo im Rheinland oder in Westfalen solche Häuschen errichtet sein, und der Arbeiter wird trotz der schweren Bedenken, die das Wohnen in einem dem Fabrikherrn gehörigen Hause stets mit sich bringt, gern hincinziehen, wenn die sonstigen Arbeitsverhältnisse nicht allzu miserabel sind. Aber wenn der Ausländer durch das Hinstellen der Häuser zu der Meinung gebracht werden sollte, so wohne der deutsche Arbeiter im Durchschnitt, so wäre das blanker Schwindel. Millionen deutsche Arbeiterfrauen können ein trauriges Lied von vielen Strophen darüber singen, wie bei uns die proletarischen Wohnungsverhältnisse beschaffen sind. Vorerst sind diese „Häuser für Industriearbeiter“ Potemkinsche Mache. Um dem Beschauer ein richtiges Urteil über die Wohnungsverhältnisse deutscher Arbeiterfamilien zu ermöglichen, hätten neben den einladenden Musterhäuschen wenigstens noch die Modelle großstädtischer Mietkasernen und ostpreussischer Landarbeiterwohnungen Platz finden müssen.

Ein Gebiet weiblicher Arbeit darf nicht unerwähnt bleiben. Außer den vielen Hunderten von Verkäuferinnen und Arbeiterinnen, die auf dem gewaltigen Plane in den Hallen, Pavillons und Sälen beschäftigt sind, müssen noch weitere Hunderte von Frauen und Mädchen tagtäglich in der Ausstellung tätig sein. Das sind die Kellnerinnen. Zumeist sind es deutsche, seltener französische, belgische oder italienische. Die Versorgung der Ausstellungsbesucher mit Speisen und Getränken ruht überhaupt auf der Brüsseler Ausstellung vorwiegend in deutschen Händen. Da ist und bleibt es nun ein unerhörtes Skandal, daß nicht eine einzige der Kellnerinnen auch nur einen Pfennig festen Lohn erhält; sie sind lediglich auf Trinkgelber angewiesen. Auch Sedlmayr, der neben dem Deutschen Hause ein großes Bier- und Speisehaus errichtet und der allein Duzende von Kellnerinnen engagiert hat, zahlt weder Lohn, noch gewährt er auch nur eine Garantie für das unentbehrliche Mindesteinkommen. Ist ein Restaurant stark besucht — und das ist bei Sedlmayr allerdings der Fall —, so mag es gehen. Aber gar manches der in überreicher Anzahl vorhandenen Restaurants erweist nur wenig Anziehungskraft, und wenn dann gar Regentage ein-

treten, die den Besuch der Ausstellung stark beeinflussen, so sind die Kellner und Kellnerinnen in die übelste Lage versetzt, zumal sie meist noch Kautions stellen mußten und diese ohne weiteres verloren ist, falls sie eine andere Stelle sich suchen wollten. Man darf dem deutschen Ausstellungskomitee die Anerkennung nicht versagen, daß es mit großer Umsicht und Sachkenntnis gearbeitet hat, so daß der deutschen Abteilung auch von Ausländern willig die Palme der Überlegenheit zuerkannt wird. Jedoch der Vorwurf kann ihm nicht erspart bleiben, daß es in den Verträgen mit den Ausstellern keine Sicherung der Kellnerinnen vorgesehen hat. Das wäre praktische Sozialpolitik gewesen, wertvoller als die Arbeiterhäuser. Wie bei Sedlmayr, so erhalten auch in dem riesigen Bierhaus Alt-Düsseldorf die schier zahllosen Kellnerinnen keinen Pfennig Lohn.

Soll ich die Leserin noch weiter herumsühren? Unendlich viel wäre noch zu erzählen. Doch das Gesagte mag genügen, um über die Ausstellung selbst und über die Bedeutung der Frauenarbeit auf und in ihr ein flüchtiges Bild zu ermöglichen. Aber nicht kann die Betrachtung geschlossen werden, ohne einigen Gedanken Ausdruck zu verleihen, die sich beim Besuch einer Weltausstellung von selbst aufdrängen. Indirekt bedeutet eine solche eine starke Aufreizung zum Klassenhaß. Es drängen sich Reihen von Erwägungen auf. Alle die großartigen Fortschritte der Technik, alle die prächtigen Erfindungen, die das Leben aller Menschen leicht und angenehm gestalten könnten, kommen immer nur einem verschwindenden Bruchteil zugute. Alle die herrlichen Erzeugnisse der Industrien und der Kunst müssen in erster Linie dazu dienen, den Besitzern der Produktionsmittel auf Kosten der arbeitenden Proletarier, Männer und Frauen, Riesengewinne zu verschaffen, statt das allgemeine Kulturniveau und Wohlbefinden zu heben. Bedenkt man das, dann mag sich leicht die Faust ballen über die nichtsnutzige Barbarei der heutigen „gottgewollten“ Staatsordnung.

Noch ein anderer Gedanke steigt auf, eine tröstliche Hoffnung. Gleichviel, ob wir die Kunstprodukte anstauen oder die Industrieerzeugnisse, gleichviel, ob die vor uns aufgespeicherten Schätze aus Griechenland stammen oder aus Italien und Spanien, aus West- oder Nordeuropa, aus China, Japan oder Amerika — überall sind es denkende Frauen und Männer, geschickt und fleißig, gewesen, deren Hände sie erzeugten. Mag auch den Ingenieuren, Modelleuren und sonstigen Vordenkern und Vorarbeitern voll die ihnen zustehende Anerkennung für ihre Tätigkeit zuteil werden, ohne die Intelligenz der Arbeiter und Arbeiterinnen hätten sie ihre Zeichnungen, Berechnungen und Ideen nicht in die Wirklichkeit übertragen können. Arbeiter wie auch die geistigen Mitarbeiter am Produktionsprozeß sind unentbehrlich. Aber entbehrlich und schädlich sind die Kapitalisten, die im ganzen Produktionsprozeß keine weitere Rolle spielen, als Profite zu schlucken aus der Arbeit anderer. Weg mit dem persönlichen Besitz an den Produktionsmitteln! Die Gesellschaft, die Gesamtheit des Volkes sei ihr Eigentümer. Diese Folgerungen müssen schließlich in den Köpfen aller arbeitenden Männer und Frauen in allen Ländern aufsteigen. Damit ist die sozialistische Grundforderung erhoben, die sich durchringen und über den Kapitalismus und den ihm dienstbaren Klassenstaat triumphieren wird.

Wenn Baugrund und Ackergerände keine Bodenrente mehr zu bringen brauchen, wenn alle Produkte der Industrien nicht mehr dem Kapitalprofit dienstbar sind, wenn alle technischen Fortschritte ohne weiteres allgemein zur Anwendung gelangen können, wenn mit einem Worte der Sozialismus zur Anerkennung gelangt sein wird und so mit der Aufräumungsarbeit und dem Aufbau einer neuen Ordnung begonnen werden kann; dann wird der Arbeiter für eine Wohnung, noch ganz anders ausgestattet als die Brüsseler Musterhäuschen, jährlich nicht einmal den Wert von hundert Arbeitsstunden aufzuwenden brauchen; dann wird Ernährung und Bekleidung einen gegen heute lächerlich geringen Aufwand erfordern; dann brauchen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr zu schufeln, bis sie sterbend zusammenbrechen oder unter den Wohltaten bürger-

licher Sozialreform seufzen und hungern müssen. Dann erst werden Arbeiter und Arbeiterfrauen leben können, und jeder Gesunde wird ein Arbeiter sein. Gesunde Verhältnisse werden aber auch an Leib und Seele gesunde Menschen schaffen, Männer und Frauen.

A. Th.

Weihnachtsflänge.

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür! Aufgemerkt, ihr Krämer, Schächer und Pharisäer, es ist ein Geschäft zu machen!

Wäre das Weihnachtsfest nicht schon vor anderthalb Jahrtausenden von der Kirche eingesetzt worden, es hätte im Interesse des Profits in unserer Zeit geradezu erfunden werden müssen. Das altheidnische Fest der Wintersonnenwende, das eine Verherrlichung der Naturkräfte war und den Menschen die Verheißung des kommenden Erdenfrühlings brachte, fälschten die christlichen Pfaffen zu einem Feste überirdischer Erlösung um. Aus dem Erdenfrühling ward der Himmelsfrühling, die Erlösung der Menschen aus irdischem Ungemach rückte in nebelhafte Ferne, das Fest der Freude wandelte sich zu einem Feste der Heuchelei. Aber auch das christlich gewordene Fest blieb von einer Umwandlung nicht verschont. Aus einem Feste geheuchelter Nächstenliebe fälschte es der Kapitalismus in ein Fest des Profits und der Ausbeutung um, wobei er nur die Heuchelei bestehen ließ. Das Fest des himmlischen Erlösers ward ein Fest der Pharisäer, Krämer und Wechsel, die der Sage nach Jesus zum Tempel hinausgejagt hatte. Mit den vielen kirchlichen Festen des Mittelalters, die für die Arbeitenden des Mittelalters Ruhe- und Freudentage waren, räumte der Kapitalismus gründlich auf. Und die wenigen gebliebenen Festtage haben ihre soziale Bedeutung verloren. Doch der Kapitalismus weiß auch inhaltlos gewordene kirchliche Institutionen zu verwerten. Um den Profit zu realisieren, muß von Zeit zu Zeit die Kauflust des Publikums angestachelt werden, und die künstlich geschaffene günstige Konjunktur schwemmt überschüssige Industrieprodukte und veraltete Ladenhüter mit hinweg. Darin liegt heutzutage die Bedeutung der großen Festtage, vornehmlich des Weihnachtsfestes, das immer noch das hehre Fest der Liebe heißt.

Das moderne Wirtschaftsleben spricht auf allen Gebieten dem Grundsatz der Nächstenliebe Hohn. Wenn das Fest der Nächstenliebe naht, bemächtigt sich der ganzen Unternehmerwelt ein wahnsinniger Erwerbstaumel. Ein wüster Tanz um das goldene Kalb beginnt, eine rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter. Der an sich schon unzulängliche Schutz, der den Arbeitern und Angestellten durch das Gesetz gewährleistet sein soll, wird frecher und brutaler als je gerade um die „heilige Weihnachtsfaison“ von den Unternehmern mit Füßen getreten. Es sind dann namentlich die weiblichen Angestellten in unseren viel bewunderten und gepriesenen Warenhäusern der Ausbeutungswut der Unternehmer auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Tausende von schlechtgenährten, bleichsüchtigen Geschöpfen müssen ihre Kräfte in mangelhaft ventilierten, staubgeschwängerten Räumen bis zum Zusammenbruch anspannen. Und das ohne Sonderentschädigung, oftmals angestachelt von einem falschen Ehrgeiz, der alle Pflichten gegen den eigenen Menschen zurückdrängt.

Man spricht oft im Brustton nationaler Dünkelhaftigkeit von der geistigen, sittlichen und körperlichen Überlegenheit der germanischen Rasse, von der Bedeutung der Erhaltung der Volkskraft, der Entwicklung der Produktionskräfte und anderen schönen Dingen. Ja, bemerken denn diese Phrasen nicht, wie die Rasse von einem beutegierigen Krämerium zugrunde gerichtet wird?! Es werden Verbrechen an dem weiblichen Nachwuchs begangen, ohne daß ein Hahn danach kräht. Ich meine damit nicht die Folgen der Geschlechtskrankheiten, nicht die Sittlichkeitsverbrechen, die eine sensationslüsternen Presse nur allzu breittritt, ich denke dabei nur an die Folgeerscheinungen der ehrlichen Arbeit. In den Treitmühlen des Kapitalismus wird der Körper zermürbt und der Geist verblödet. Die Verkäuferin, die von früh bis spät bei mangelhafter Ernährung und schlechter Körperpflege ohne eine zureichende Erholungs-

pause eine einseitige, stumpfsinnige Arbeit verrichtet, ist zu einem langsamen Siechtum verurteilt. Die elenden Lebensbedingungen im Verein mit unserer großenteils naturwidrigen Lebensweise bringen bei diesen bleichsüchtigen Mädchen monatlich Unzulänglichkeiten in einem Maße mit sich, wie es physiologisch durchaus nicht bedingt ist. An solchen Tagen Rücksicht auf die Mädchen zu nehmen, erlaubt natürlich das Geschäftsinteresse nicht im geringsten. Ausnutzung der Menschenkraft bis auf äußerste ist der vornehmste Grundsatz im Geschäftsleben. Die Polizei, die sich sonst um jede Kleinigkeit kümmert und in alle Angelegenheiten der Steuerzahler einmisch, drückt gerade um die Weihnachtszeit beide Augen zu, um nicht zu sehen, wie in den Geschäften die Vorschriften zum Schutze der Angestellten übertreten werden. So ist die Sitzgelegenheit für weibliche Angestellte, namentlich in den Warenhäusern, durchaus ungenügend und obendrein meist illusorisch. Denn eine Angestellte, die von einer zu ihrem Schutze erlassenen Maßnahme Gebrauch macht, gilt als untüchtig und läuft Gefahr, wegen Vernachlässigung der Geschäftsinteressen entlassen zu werden.

Die Unterleibskrankheiten nehmen infolge der heutigen Arbeitsbedingungen gerade unter den weiblichen Angestellten und den Arbeiterinnen in erschreckender Weise zu. Ein sicherer Körper vermag aber keinen lebenskräftigen und widerstandsfähigen Nachwuchs zur Welt zu bringen. Bemerken denn unsere Sozialologen, die den Mund sonst so voll nehmen, nicht die Gefahren, die unserem Volke durch die uneingeschränkte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft erwachsen? Der Schutz der Mutterschaft der Proletarierin wäre eine viel zeitgemäßere und dankbarere Aufgabe als die angebliche Lösung des Problems der Prostitution, womit so viele Volksbeglucker und Sittlichkeitsprediger ihre Zeit tolschlagen. Und gerade die heilige Weihnachtszeit könnte ihnen in dieser Beziehung Material liefern, da sie die Zustände und Widersinnigkeiten unserer Gesellschaftsordnung besonders grell beleuchtet.

Mary Preis.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Unter den Textilarbeiterinnen war die Unterzeichnete in den Bezirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes Nordwest, Erzgebirge, Schlessen und Sächsische Lausitz während der letzten Wochen in 34 Versammlungen tätig. Leider entspricht der Besuch der Versammlungen seitens der Textilarbeiterinnen nicht überall ihrer ständig zunehmenden Zahl in der Industrie. Dazu trägt die Furcht viel bei. Namentlich im Nordwestbezirk mit seinen Riesenbetrieben in der Wollkammerei, Jutespinnerei und Weberei ist das der Fall. Hier bedrohen die Beamten der Unternehmer jeden mit Entlassung, der eine Versammlung besucht. Dadurch lassen sich die Arbeiterinnen immer wieder einschüchtern und bleiben den Versammlungen fern. Wie lange diese Drohungen wohl noch versfangen werden? Die Zustände in den Betrieben sprechen sehr oft allen Vorschriften des Gesetzes Hohn. Die Unternehmer haben also alle Ursache, zu verhindern, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in aller Öffentlichkeit damit beschäftigen. Ein anderer Umstand noch erschwert bedeutend die Agitation in dem Bezirk. Die Textilkapitalisten haben hier besonders viel ausländische Arbeitskräfte herangezogen, die von vornherein schon schwer durch die Agitation zu erreichen sind, durch starke Fluktuation jedoch noch schwerer fassbar werden. Es sind die erbärmlichen Lebensverhältnisse, welche die Ausländer „unselbst und flüchtig“ machen. Die allezeit im Interesse der Besitzenden wirkende Polizei geht nachweislich gegen streikende Arbeiter besonders energig vor, dagegen ist sie mit Blindheit geschlagen angesichts der Wohnungsverhältnisse, welche die kapitalistische Profitwut für die aus dem Ausland verschriebenen Arbeitsklaven der Textilindustrie schafft. Wie die Löhne und Arbeitsbedingungen sind insbesondere die Wohnungsverhältnisse dieser Unglücklichen so erbärmlich, daß selbst deren Anspruchslosigkeit nicht standhält. Die Arbeitsstellen werden oft gewechselt, es ist ein ewiges Kommen und Gehen. Gewissenlose Agenten werden von den Unternehmern teuer bezahlt, um immer wieder neue Ausbeutungsobjekte von dem Ausland herbeizuschaffen. — Schlessen mit seiner seßhafteren Arbeiterschaft bot hoffnungsvollere Versammlungsbilder. Dort waren die Versammlungen bis auf wenige sehr gut besucht, und zwar auch von Frauen. Weite Wege und schlechtes Wetter hielten die

Textilproletarierinnen nicht zurück. Eine große Zahl von Neuaufnahmen in den Verband bewies, daß auch die gedrücktesten Arbeiter-schichten sich gegen die herrschende Gesellschaftsordnung aufzulehnen beginnen. Von den Arbeitsverhältnissen der schlesischen Textilarbeiter berichten wir in nächster Nummer. — In den sächsischen Orten müßten ebenfalls elende Lebensbedingungen die Arbeiterinnen zur Organisation treiben. Unbezahlte Arbeit wird viel von ihnen verlangt und auch geleistet, da es leider an Solidarität fehlt. In Freiberg in Sachsen legten die Unternehmer ein größeres Interesse für die Versammlung an den Tag als die Arbeiter. Sieben „Stehfragenproletarier“, ein Magistratssekretär und ein Geheimpolizist machten während ihres Verlaufs eifrig Notizen, damit sie ja nichts zu berichten vergäßen. Solche Spitzeleien binden natürlich den Arbeiterinnen die Zunge und halten die meisten von den Versammlungen fern. — Auf Schritt und Tritt führte uns die Agitation die kräftesten Beispiele vor Augen, daß die Werte schaffenden Arbeiterinnen rücksichtslos ausgebeutet und geknechtet und obendrein verachtet werden. Die noch festgewurzelte Gleichgültigkeit vieler gegen diese Sklaveneigenschaft rächt sich schwer. Weite Agitationsgebiete liegen noch brach, in anderen geht die ausgestreute Saat spärlich auf. Das darf nicht entmutigen, muß vielmehr zur geduldigen intensiven Weiterarbeit anspornen. Langsam zwar, aber doch sicher legt die Aufklärung Pflanzkerne in den Ball von Vorurteilen, der die Proletarierinnen der Textilindustrie gefangen hält. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl der „Aberzeugten“. Der Gedanke gewinnt an Boden, daß die Arbeiterinnen selbst mit am Werke sein müssen, um die Gleichgültigkeit ihrer Schwestern zu brechen. In dieser Erkenntnis liegt die beste Gewähr für das Fortschreiten der Arbeiterinnenbewegung. Wenn jede ihr ganzes Können in den Dienst unserer Sache stellt, die ihre ureigenste Sache ist, wenn immer neue Scharen sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen, dann muß es gelingen, das vielstaudenköpfige weibliche Textilproletariat zu dem Massenbewußtsein zu erziehen, welches Selbstbewußtsein in sich begreift, und das es leider zur Stunde noch recht oft vermiffen läßt.

Martha Hoppe.

In Berlin fanden am 29. November dreiundzwanzig Volksversammlungen statt, deren Tagesordnung lautete: „Mißbrauchte Kinderkraft“. In der richtigen Erwägung, daß in erster Linie Frauen berufen seien, die Sache der Kinder zu vertreten, hatte die Parteileitung von Groß-Berlin dreiundzwanzig Frauen als Referentinnen für diesen Abend berufen. Die Genossinnen Arendsee, Baader, Bohm-Schuck, Buchmann, Demming, Döhl, Fahrenwald, Hanna, Juchacz, Köhler, Kiesel, Lungwitz, Matschke, Mirus, Philipp, Reichert, Schulte, Süßmann, Thiel, Tich, Wehl, Wurm, Fleg wiesen die völlige Anzulänglichkeit des bestehenden Kinderschutzes nach und belegten sie mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis. Den Leserinnen der „Gleichheit“ ist die große Mangelhaftigkeit des Gesetzes zu bekannt, um hier nochmals einer ausführlichen Darlegung zu bedürfen. In allen 23 Versammlungen gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme: „Unter den schweren Schäden, welche die kapitalistische Produktionsweise für das Proletariat im Gefolge hat, steht die Kinder-ausbeutung mit an erster Stelle. Die gewerbsmäßige Kinderarbeit raubt den Kindern Lebenskraft und Lebensfreude und erflückt die besten Keime in der Entwicklung des kindlichen Geistes. Für viele Kinder bildet die frühzeitige Beschäftigung in Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft die Ursache körperlicher und sittlicher Schädigung mannigfaltiger Art. Die Versammlung erklärt, daß das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzesgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den geschlichen Schutz der Kinder gegen vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte genügen kann. Sie fordert deshalb: Verbot jeglicher Erwerbsarbeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder in Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, bei Voten- und Gesindearbeiten; Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr; Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf höchstens sechs Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter. Ferner fordert sie nachdrücklich die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes. Um diese zu ermöglichen, die Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtspersonen aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Versammelten geloben, daß sie mit allen Kräften an der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, als der eigentlichen Ursache des Kinderleidens und für Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung tätig sein wollen, da nur hierdurch Not, Elend und Ausbeutung, auch der der Kinder, ein sicheres Ende bereitet werden kann.“

Mit Hilfe der allortorts von Partei und Gewerkschaft gemeinsam begründeten Kinderschuttkommissionen muß es gelingen, jede kindliche Erwerbsarbeit zu beseitigen. Das heranwachsende Proletariat hat ein Recht auf gesunde, glückliche Kindheit, eine solche ihm zu erkämpfen, das ist unsere Aufgabe. Arbeiten wir auch auf dem Gebiet des Kinderschutzes vereint mit unermüdblichen Kräften, so wird auch hier der Erfolg endlich unser sein. m. w.

Auf Veranlassung des Agitationskomitees für den Oberrhein referierte die Unterzeichnete in 26 Versammlungen, die im Oktober und Anfang November stattgefunden haben und teils als Volksversammlungen, teils als Frauenversammlungen einberufen worden waren. Eine dieser Versammlungen, in Köln-Nippes, beschäftigte sich mit den Moabiter Vorgängen. Die Versammelten verurteilten aufs schärfste die Ausnutzung dieser Ereignisse durch die Scharfmacher zur Heiße gegen die organisierte Arbeiterklasse. Im Stadt- und Landreise Köln wurden außerdem noch sechs Versammlungen veranstaltet, in denen das Thema lautete: „Teures Brot und wenig Rechte“. Die gut besuchten Veranstaltungen im Volkshaus zu Köln und in Ehrenfeld waren Frauenversammlungen; auch in den übrigen Versammlungen waren viele Frauen anwesend. Als Gewinn konnten wir sechzig neue Mitglieder verzeichnen. Im Wahlkreis Mülheim-Bippesfärth wurden fünf Volksversammlungen abgehalten. Die Tagesordnung lautete in Bergneustadt: „Der Kampf des Volkes um Brot und Recht“, in Mülheim, Dellbrück, Dännewald und Torz: „Zentrum und Sozialdemokratie“. In allen Versammlungen stellten die Frauen einen großen Prozentsatz der Besucher. 25 Ausnahmen in die Partei waren zu verzeichnen. In Düren, Aachen, Eschweiler und Würselen behandelte die Unterzeichnete das zuerst genannte Thema. Die Partei rekrutierte in Eschweiler 17 Mitglieder, darunter die ersten drei Frauen. In Aachen war das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt, und mehr als die Hälfte der Besucher waren Frauen. 9 neue Mitglieder schlossen sich hier der Partei an. Auch die Versammlungen in Würselen und Düren erfreuten sich eines guten Besuchs. In Godesberg fand eine Vereinsversammlung statt mit dem Thema: „Zentrum und Sozialdemokratie“, zu der Gäste eingeladen waren, denn zu öffentlichen Versammlungen erhalten unsere Genossen dort kein Lokal. Unter diesen Umständen freut es uns besonders, daß der Partei 12 neue Mitglieder beitraten. In der Versammlung in Bonn mit der Tagesordnung: „Die Frau und die Politik“ war viel bürgerliches Publikum erschienen. Die proletarischen Frauen fehlten fast ganz. In der Diskussion sprach ein Herr von der demokratischen Vereinigung und ein Fräulein v. Schmid, die ihrem Adel eine sehr große Bedeutung beilegte. Als die Unterzeichnete die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zum Frauenwahlrecht festnagelte, meinte die Dame, wir Sozialdemokraten sollten nur vor der eigenen Tür lehren. Auf der Internationalen Frauenkonferenz habe die orthodoxe Luise Fiebig sich darüber beklagt, daß die Männer oft der Forderung des Frauenwahlrechts kein Verständnis entgegenbrächten. Sie verwies dabei auf den ebenso verlogenen als dummen Bericht in der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“. Daß die Dame die gebührende Antwort erhielt, versteht sich. Versammlungen in Püchchen und Gussfichen folgten. In Neuwied steht unseren Genossen kein Saal zur Verfügung, und sie müssen ihre Versammlungen in Privaträumen abhalten, die bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Es fanden noch Versammlungen statt in Kreuznach, mit schwachem Besuch, ferner im Fürstentum Birkenfeld in den drei Orten Fischbach, Engweiler bei Oberstein, wo sich Diamant- und andere Edelsteinschleifereien befinden, und in Buhlenberg. In Fischbach traten einige Versammlungsbesucher zur Gründung eines sozialdemokratischen Vereins zusammen. Die letzte Versammlung wurde in Trier im Gewerkschaftshaus abgehalten, das neben dem Geburtshaus unseres Karl Marx liegt. Eine kleine Schar zielbewusster Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder hat in der „Schwarzen“ Hochburg mit zäher Ausdauer dafür gesorgt, daß eine Stätte vorhanden ist, von der aus die Finsternis bekämpft werden kann. Die Versammlung war von mehr als hundert Personen besucht und brachte der Partei 15 neue Mitglieder. — Soweit die Agitation am Oberrhein der Partei weibliche Mitglieder zugeführt hat, ist auch zugleich der Leserkreis der „Gleichheit“ erweitert worden. Auch die örtliche Parteipresse hat neue Abonnenten gefunden. Im oberrheinischen Agitationsbezirk war im verfloffenen Jahre die Zahl der weiblichen Parteimitglieder nicht gewachsen. Hoffentlich hat die jetzige Agitation nicht bloß die Zahl der organisierten Frauen vermehrt, sondern auch den Stamm der Genossinnen gefestigt und zur weiteren Agitation ermutigt. Sicher hat auch die Besprechung der Unterzeichneten mit den Kölner Genossinnen in diesem Sinne gewirkt. Heiße politische und wirtschaftliche Kämpfe stehen dem

Proletariat bevor, in denen die Mitwirkung der Frauen unerlässlich ist.

Linchen Baumann.

Um den Frauen die Ursachen der Steigerung aller notwendigen Lebensmittel klarzumachen, wurden in Leipzig zwei Versammlungen abgehalten, die beide gut besucht waren. In der ersten am 24. November referierte Genossin Hennig über: „Indirekte Steuern, Fleischwucher und deren Wirkung auf den Arbeiterhaushalt“. In leichtfäplicher Weise erklärte sie das Wesen direkter und indirekter Steuern und legte die Ursachen und Wirkungen der gegenwärtigen Teuerung dar. Wie sie nachwies, müssen in Augustusbad bei Dresden nicht nur die Frauen, sondern schon eineinhalb- bis zweijährige Kinder durch Perlenfäden zum Lebensunterhalt beitragen. Die Referentin kritisierte die Einzelheiten der geplanten Witwen- und Waisenversicherung und bedauerte, daß wohl für die Witwen und Waisen der Offiziere gesorgt werde, nicht aber für die Ärmsten der Armen. Ihrer Aufforderung an die Frauen zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verein kamen sieben nach. In der zweiten Versammlung am 1. Dezember sprach Genossin Köhler über: „Lebensmittelwucher und Warenteuerung“. Sie brachte in ihrem Referat unter anderem zur großen Erheiterung der anwesenden Frauen eine Anzahl von Rezepten zu billiger Kost für Arbeiterfamilien zum Vortrag, die ein Professor herausgegeben hat. Anstatt auf den Bahnhöfen Bettelkästen für Lungenheilstätten anzubringen, so meinte die Referentin mit Recht, solle besser für billige Nahrungsmittel und auskömmlichen Verdienst gesorgt werden. Auch diese Referentin hob scharf hervor, welcher Zusammenhang zwischen der Politik des Lebensmittelwuchers und der kapitalistischen Ordnung besteht. 21 Frauen traten in dieser Versammlung der Organisation bei.

Berta Röber.

Frauen bei der Wahlarbeit. Im niederschlesischen Kohlenrevier gab es am 13. November einen heißen Kampf, und in ihm spielten die Bergarbeiterfrauen eine wichtige Rolle. Es handelte sich um die Wahl der Knappschaftsältesten zum Niederschlesischen Knappschaftsverein, in dem über 30000 Bergarbeiter mit ihren Angehörigen versichert sind.

Der Niederschlesische Knappschaftsverein, der durch die Mißwirtschaft der Kohlenbarone und ihrer Kreaturen vollkommen auf den Hund gekommen war, ward durch die Vergesehnovelle vom Jahre 1906 gezwungen, ein neues Statut zu schaffen. Die Beiträge der Arbeiter zum Knappschaftsverein wurden für die Krankenkasse um zirka 1,50 Mk. und für die Pensionkasse um 1 Mk. monatlich erhöht, die Pensionen und das Krankengeld dagegen teilweise ganz beträchtlich gekürzt. So erhielt zum Beispiel unter dem alten Statut ein Bergmann, der im ersten Dienstjahr Invalide wurde, 11 Mk. Knappschaftspension, die sich mit jedem Jahre um 40 Pf. pro Monat steigerte. Nach dem neuen Statut bekommt aber der Mann in den ersten drei Jahren nichts, und im vierten Jahre erhält er endlich eine Hungerpension von monatlich 3,60 Mk. Für die Witwen — bei der großen Zahl von Unfällen in den Steinkohlenbergwerken gibt es leider sehr viele Witwen — wurden die Pensionen entsprechend gekürzt. Unter dem alten Statut bekam die Witwe nach einjähriger Dienstzeit des Mannes 5,20 Mk. pro Monat; nach dem neuen Statut bekommt sie falls ihr Mann in den ersten drei Dienstjahren stirbt, keinen Pfennig Pension. Erst wenn der Mann im vierten Dienstjahr stirbt, bekommt die Witwe monatlich 2,40 Mk. Sowohl die Knappschaftsinvaliden als auch die Witwen der Arbeiter mit weniger als 15 Dienstjahren, das heißt über die Hälfte aller Invaliden und Witwen wurden ganz bedeutend geschädigt. Mit dem Krankengeld ist es ebenso traurig bestellt.

Das neue Statut war seinerzeit durch die von den Unternehmern aufgeschleppten gelben „Reichstreuen“ und „Christlich-Rationalen“ angenommen worden. Bei der jetzigen Wahl standen natürlich die Verschlechterungen der Invaliden- und Witwenpensionen im Mittelpunkt der Agitation. Denn eine Besserung konnte nur eintreten, wenn es gelang, eine Mehrheit von Knappschaftsältesten zu wählen, die im Bergarbeiterverband organisiert sind. Ein erbitterter Kampf entspann sich. Das Grubenkapital, die Grubenbeamten, die gelben Reichstreuen, die katholischen Facharbeiter, die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine und verschiedene konfessionelle Arbeitervereine schlossen ein Kompromiß, um den Sieg des Bergarbeiterverbandes zu vereiteln. Es war vergeblich. Von 46 Mandaten holte der Bergarbeiterverband im ersten Wahlgang 41 und war noch an zwei Stichwahlen beteiligt. Der Verband bekam über 12000 Stimmen, während die gesamten Gegner nur 3400 Stimmen aufbrachten, unter denen noch zirka 1000 Stimmen von Beamten stecken. Das ist ein glänzender Sieg, an dem nicht zum geringsten Teil die Bergarbeiterfrauen ihr Verdienst haben.

In 16 öffentlichen Frauenversammlungen wurden die Bergarbeiterfrauen über die Knappschaftsverhältnisse aufgeklärt. Nicht wenige Proletarierinnen hörten da zum erstenmal etwas über das Knappschaftswesen, das doch für sie eine Lebensfrage bedeutet. Der Erfolg der Frauenversammlungen war überaus gut. Viele Frauen trieben den gleichgültigen Mann geradezu zur Wahlurne und machten es ihm ordentlich klar, daß er unter allen Umständen den Kandidaten des Bergarbeiterverbandes wählen müsse. Am Wahltag selbst, der auf einen Sonntag fiel, waren Dutzende von Frauen in der Hausagitation tätig und schleppten säumige Wähler an die Wahlurne.

Das glänzende Resultat hat im Waldenburger Kreise einen ungeheuren Jubel ausgelöst, und der errungene Erfolg zog sofort einen zweiten nach sich, der gleichfalls wieder die Mühseligkeit der Waldenburger Proletarierinnen offenbart. In den oben erwähnten Frauenversammlungen war das ganze Interesse auf die bevorstehende Wahl und die inneren Fragen des Knappschaftswesens konzentriert. Es ist daher begreiflich, daß dabei der politischen Organisation der Frauen nur kurz gedacht werden konnte. Unmittelbar nach der Knappschaftswahl aber begann sogleich wieder eine umfassende Agitation unter dem weiblichen Proletariat des niederschlesischen Kohlenreviers. Genossin Bollmann-Galberstadt hielt in zehn größeren Bergarbeiterorten Niederschlesiens Frauenversammlungen ab, in denen nahezu 300 Frauen der politischen Organisation des Kreises Waldenburg gewonnen wurden. Seit 1. Juli ds. Js. hat der sozialdemokratische Verein Waldenburg über 750 weibliche Mitglieder gewonnen, was die Männer natürlich anspricht, ihrerseits an agitatorischem und organisatorischem Eifer nicht zurückzubleiben.

M. Röner.

Die proletarische Frauenbewegung in Hagen-Schwelm kam vor vier Jahren in Fluss. Aber sie macht keine großen Fortschritte. Zwar waren die öffentlichen Versammlungen, in denen Frauen referierten — so die Genossinnen Zieh, Wadwitz, Luxemburg und andere —, stets überfüllt, mit einer einzigen Ausnahme, die in die Zeit des Metallarbeiterstreiks fiel. Die Bezirksversammlungen sind jedoch durchschnittlich sowohl von Genossen wie Genossinnen nicht gut besucht, und die Zahl der organisierten Genossinnen — 391 — ist für einen Industriebezirk wie Hagen-Schwelm viel zu gering. Die Erklärung für diesen Umstand ergeben zwei Tatsachen. Die eine ist die, daß die proletarischen Frauen in Hagen-Schwelm nicht in den Fabriken arbeiten, weil die schwere Eisenindustrie das nicht zuläßt. So sind sie auch nicht so unmittelbar an dem wirtschaftlichen Kampfe beteiligt wie die Männer und dementsprechend auch schwerer für die Organisation zu gewinnen. Diese aber ist für sie nicht weniger wichtig wie für die in Fabrikbetrieben ausgebeuteten Proletarierinnen. Denn die Arbeiter in Hagen-Schwelm verdienen nicht so viel, daß ihre Frauen und Töchter sich allein dem hausmütterlichen Pflichtkreis widmen können. Sie sind gezwungen, durch Nähen, Putzen und Waschen einen Verdienst zu suchen, um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Da wäre es sehr vonnöten, daß sie sich zusammenschließen, um mit vereinten Kräften für eine Besserung der proletarischen Lebenshaltung zu kämpfen, die durch die herrschende Politik des Zoll- und Steuerwuchers noch über das Maß der Dürftigkeit hinaus verschlechtert wird, die eine unausbleibliche Folge der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskräfte ist. Daß das seither so mangelhaft geschehen ist, dazu trug außer der obengenannten Tatsache noch eine andere bei: die Voreingenommenheit nicht weniger Proletarier gegen die Betätigung der Frauen in der Bewegung. Anstatt seine Frau darüber aufzuklären, weshalb sie zum Mitverdienen gezwungen ist, anstatt sie der Organisation zuzuführen, hält mancher Arbeiter sie von dieser mit der Begründung zurück: „Ich bin in der Partei, du brauchst nicht auch darin zu sein.“ Infolge dieser ganz falschen Ansicht ist der proletarischen Frauenbewegung manche Genossin fern geblieben, die sich nicht entschließen konnte, auch ohne die Einwilligung ihres Mannes Versammlungen zu besuchen. Die Arbeiter können nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß sie der Sache schaden, der sie selbst dienen, wenn sie nicht auch die Frauen für sie gewinnen. Die Arbeiterbewegung kann ohne deren Beteiligung nicht zum Siege gelangen. Ein Genosse, dem es Ernst ist mit dem Ziele seines Kampfes, darf seine Frau nicht von der öffentlichen Betätigung zurückhalten, sondern er muß sie dazu anfeuern. Ihm selbst wird es zugute kommen, wenn er in ihr eine Gefährtin zur Seite hat, die seinem Streben nicht verständnislos gegenübersteht, sondern teilnimmt an seinem Hoffen und Kämpfen und seine Kinder im Sinne seiner Anschauungen erzieht. P. H.

Von den Organisationen. In Hamburg fand am 17. November im Gewerkschaftshaus der allmonatliche Bildungabend für die Ge-

nossinnen der drei Wahlkreise statt mit dem Thema: „Was bedeutet uns heute Ferdinand Lassalle?“ Genosse Herrmann schilderte als Referent eingehend, in vorzüglicher Weise Lassalles Kinderjahre und Jugend. Dann legte er eingehend, auf geschichtlichem Hintergrund, die harten Kämpfe, das arbeitsreiche Leben Lassalles dar, der bereits als Jüngling 1848 in den vordersten Reihen der Freiheitskämpfer stand. Seine großartigen Leistungen als Organisator und Führer des deutschen Proletariats zum Klassenkampf fanden ihre Würdigung. Am Schlusse betonte der Redner, daß der Mann, der zuerst dem Proletariat als Wissender und Führender im Kampfe das Banner des allgemeinen Wahlrechts vorangetragen hat, uns mit seinem stolzen Mute, seiner unbedingten Hingabe ein leuchtendes Beispiel bleibe. Die zukünftigen Kämpfe werden uns immer wieder an Ferdinand Lassalle und sein Werk erinnern. Dem Redner wurde reicher Beifall zuteil. Die Versammlung endete nach der Erledigung verschiedener Anfragen und Anträge. **Genr. Strobl.**

Ein Kursus zur Einführung der Arbeiterinnen in die Gewerbeordnung ist in Nürnberg von den Gewerkschaften geschaffen worden. Wie notwendig es ist, die Arbeiterinnen mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung vertraut zu machen, besonders mit den Arbeiterschutzvorschriften, das liegt auf der Hand. Die Gewerbeinspektion hat zwar das Amt, die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen, aber es ist bekannt, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten bei weitem nicht zu einer Kontrolle aller Betriebe ausreicht. Außerdem übernimmt bei der Inspizierung einer Fabrik oder Werkstätte meist ein Betriebsleiter die Führung, der ein Interesse daran hat, den kontrollierenden Beamten rasch dort vorbeizuführen, wo Anlaß zu Beanstandungen vorliegt. In seiner Gegenwart wagen es die Arbeiterinnen in der Regel nicht, auf die bestehenden Mißstände den Aufsichtsbeamten hinzuweisen, der mit den Einzelheiten des Betriebs nicht so vertraut ist wie sie. Oft melden sie die Übertretungen erst, wenn sie die betreffende Arbeitsstätte verlassen haben, weil sie fürchteten, bei einer früheren Anzeige die Arbeit zu verlieren. Dadurch schädigen sie sich aber selbst, denn sie leiden ja unter den Übelständen, solange sie in dem Betrieb tätig sind. Jede Arbeiterin sollte daher darauf achten, ob in ihrer Arbeitsstätte Reinlichkeit, Ventilation, Beleuchtung und Schutzvorrichtungen den gesetzlichen Vorschriften, den Anforderungen der Hygiene entsprechen, ob Speiseräume, getrennte Anleide- und Waschräume für die Geschlechter und eine genügende Anzahl Aborten vorhanden sind. Entdecken sie einen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen, so müssen sie ihn in ihrem eigenen Interesse und in dem ihrer Arbeitsschwester sofort der Gewerbeinspektion melden, die für Abhilfe zu sorgen hat. Ohne die Hilfe der Arbeiterinnen kann diese Körperschaft ihre Aufgabe nicht erfüllen. Die Arbeiterinnen sind zur Mitarbeit an der Durchführung der gesetzlichen Vorschriften nur dann befähigt, wenn sie diese genau kennen. Um ihnen das nötige Wissen zu vermitteln, hält die Unterzeichnete in Nürnberg einen Kursus ab, den alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen kostenlos besuchen können. Zur Behandlung steht die Gewerbeordnung mit ihren Unterabteilungen, insbesondere der Teil, der sich auf den Arbeiterinnenschutz bezieht, das Kinderschutzgesetz und das Gewerbeverordnungsrecht. Den Gewerkschaftsvorständen steht das Vorschlagsrecht für die Teilnehmerinnen zu. Arbeiterinnen, die sich an dem Kursus beteiligen wollen, können sich schriftlich oder mündlich melden. Er hat am 24. November begonnen, dauert bis zum April 1911 und findet an jedem zweiten und vierten Donnerstag im Monat abends von 8 bis 10 Uhr im Arbeitersekretariat, Breite Gasse 25/27, statt. Die Teilnehmerinnen werden ersucht, die Verbandsbücher mitzubringen, da eine genaue Statistik über die Teilnehmerinnen geführt wird. Die Veranstaltung eines solchen Kursus empfiehlt sich auch in anderen Orten.

Helene Grünberg.

Jahresbericht der Genossinnen des vierten sächsischen Wahlkreises. Unsere proletarische Frauenbewegung hat dank eifriger Betätigung der Genossinnen auch im letzten Jahre Fortschritte gemacht. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist auf 777 gestiegen. Sowohl die Beteiligung der Frauen an unseren Diskussionsabenden wie ihre Anwesenheit in unseren öffentlichen Versammlungen bekundeten lebhaftes Interesse am politischen Leben wie wachsendes Bedürfnis nach tieferer Schulung. Zum Zwecke der Agitation fanden öffentliche Versammlungen statt, in denen die Genossinnen Tieg, Wadwig, Gradnauer und die Genossen Wolf und Dr. Dunder referierten. Zur Behandlung standen folgende Fragen: „Die Preissteigerung der Lebensmittel und ihre Folgen für die Familie“, „Die Frau im politischen Kampfe“, „Aufklärung der Frauen über Unterleibsleiden“ und „Krankheit und Proletariat“. Der Schulung der Genossinnen dienten Diskussionsabende in Dresden-Neustadt, Pieschen und Trachen-

berge, die alle 14 Tage stattfanden. Zur Erörterung gelangten unter anderem die Krankenkassenwahlen, die Alters- und Invaliditätsversicherung, Fragen des Kinderschutzes und der Dienstbotenorganisation und einzelne Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie. Leider war es nicht möglich, in allen Bezirken, namentlich auf dem Lande, solche Diskussionsabende ins Leben zu rufen, doch geht das Streben der Genossinnen dahin, diese nützlichen Veranstaltungen in immer mehr Orten zur Einführung zu bringen. In Loschwitz fand an Stelle von Diskussionsabenden vierteljährlich eine besondere Frauenversammlung statt, die jedesmal sehr gut besucht war. Die Genossinnen beteiligten sich fleißig an allen organisatorischen Kleinarbeiten. So an der Flugblattverbreitung gelegentlich der Landtagswahl usw., ihre Beteiligung an den Wahlen zur Ortskrankenkasse war eine sehr erfreuliche. Auch in allen leitenden Körperschaften, denen Frauen angehören, hat sich die weibliche Mitarbeit durchaus bewährt. Kurz überall, wo die Genossinnen auf Posten standen, haben sie ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Als Vertrauensperson für den Kreis wurde die Unterzeichnete gewählt, als Stellvertreterin in Dresden-Neustadt Genossin Noack, in Trachenberge Genossin Lehmann und in Loschwitz Genossin Jenzsch. Die Genossinnen werden alles aufbieten, um durch rührige Agitation, von den Genossen dabei gefördert, immer weitere Kreise des weiblichen Proletariats für den Sozialismus zu erobern und der Parteiorganisation zuzuführen, die Aufgerüttelten aber zu überzeugten Befürworterinnen unserer Ziele zu machen.

Ernestine Luge.

Anna Sachs †. Die Berliner Genossinnen betrauern den Verlust einer Mitkämpferin, die ein Vierteljahrhundert lang überall dort zu finden war, wo es Arbeit und Kampf im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes gab. Anna Sachs ist der Proletarierkrankheit erlegen. Es war der Verstorbene nicht an der Wiege gefangen worden, daß sie unter schweren Mühen und Entbehrungen gegen die Pein und den Hunger ankämpfen sollte, welche das Schicksal von Millionen sind. Sie stammte von wohlhabenden Eltern, die jedoch ihren Besitz verloren, weil der Vater, ein herzenguter, vertrauensvoller Mann, als Bürge nach den Gesetzen der bürgerlichen Ordnung gewürgt wurde. Er überlebte den Schiffbruch seiner wirtschaftlichen Existenz nicht lange, und die Mutter hatte nun durch ihre Arbeit für den Unterhalt von sechs Kindern zu sorgen. Das Leben nahm Anna in eine harte Schule. Als das drittälteste Kind mußte sie tüchtig mitzusammen und lernte die Angst um das tägliche Brot, den Heroismus der Arbeit über die schwache Kraft, das Duldertum des Darbens kennen, kurz die volle Daseinslast erwachsener Armer, Ausgebeuteter, die so vielen kleinen proletarischen Mädchen einen vorzeitigen Ernst auf die Gesichter schreibt. Wahrscheinlich legten Überanstrengung und Unterernährung schon damals den Keim zu dem tückischen Leiden, dem sie erlegen ist, denn es hat auch drei ihrer Geschwister vor ihr dahingerafft. Als Blumenarbeiterin erwarb Anna Sachs selbständig ihren Unterhalt und half die jüngeren Geschwister groß ziehen, kaum daß sie der Schule entwachsen war. Ihr Blick war früh für die Schäden der heutigen Ordnung der Dinge und ihre Ursache — die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — geöffnet worden. Ihre echte Herzengüte und ihr idealer Sinn taten das ihrige, um das kaum sechzehnjährige Mädchen noch unter dem Sozialistengesetz der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Wenngleich die politische Betätigung der Frauen damals noch auf die schwersten Hindernisse stieß, stellte sich doch Anna Sachs im Kampfe für das Recht ihrer Klasse und ihres Geschlechts in die vordersten Reihen. Sie gehörte zu den Wenigen, welche die ersten Ansätze zu einem festen, planmäßigen politischen Zusammenschluß der Berliner Proletarierinnen schaffen halfen, und das unter Schwierigkeiten und Opfern, die sich die jüngeren Genossinnen kaum recht vorstellen können. Von 1890 bis 1894 saß sie in der Frauenagitationskommission, deren Aufgaben durch die nicht abreißenden Mühen und Lücken der Behörden beträchtlich erschwert wurden, und deren Mitglieder ebensoviel Scharsinn und kühlen Mut als Zähigkeit und Takt befunden mußten, um inmitten all der drohenden äußeren und inneren Schwierigkeiten eine systematische, streng grundsätzlich gerichtete Aufklärungs- und Sammlungsarbeit betreiben und leiten zu können. Wenn Genossin Sachs mit ihrer persönlichen Betätigung später weniger in den Vordergrund getreten ist als in den Jahren des mühsamen Beginns unserer Frauenbewegung, so hat sie doch nicht aufgehört, ihr mit ganzer Seele zu dienen. Sie war unter den Mitbegründerinnen des ersten und des zweiten Frauenwahlvereins in Berlin, trieb eine rastlose persönliche politische wie gewerkschaftliche Werbearbeit, fehlte selten in einer Versammlung und nahm an allen Aktionen der Sozialdemokratie teil, bis die Krankheit sie ans Lager fesselte. Wie für den politischen Aufmarsch der Proletarierinnen,

so hat Genossin Sachs auch für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ihre beste Kraft eingesetzt. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen insbesondere, dem sie sich bald angeschlossen hatte, verdankt ihrem ausdauernden, opferbereiten Wirken nicht wenig. — Soviel Bitteres das Leben einer Enterbten unserer geschiedenen Genossin gebracht hat, ein Glück hat es ihr nicht vor-enthalten. Sie, die in ihrem Bekannten- und Freundeskreise so viel Liebe säte, hat auch Liebe geerntet. Einige Zeit nach dem Hingang der Mutter fand sie in einer Proletarierfamilie eine wahre zweite Heimat, eine Gemeinschaft des Lebens und Strebens, die nur der Tod gelöst hat. Das Bild der unermüdblichen, hingebungsvollen Kämpferin für den Sozialismus wird in dem Herzen derer fortleben, die sie gekannt haben. Es verdient darüber hinaus als leuchtendes Beispiel selbstloser Überzeugungstreue von allen festgehalten zu werden, die der großen Sache des Sozialismus dienen wollen. Trägerinnen des proletarischen Befreiungskampfes von den hohen Bürgertugenden einer Anna Sachs machen seine Stärke, seine unbezwingliche Kraft aus, sie leben in seinem Siege weiter, auch wenn sie ungeliebt und ungenannt ins Grab sinken.

Politische Rundschau.

„Kampf gegen die Sozialdemokratie!“ Von allen Seiten erlönt jetzt dies Feldgeschrei. Es soll die Sammlungsparole für die bürgerlichen Parteien bei den Reichstagswahlen werden. „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie“ soll den schwarzblauen Block vor der Vernichtung bewahren, und dessen Geschäftsführer, der Reichskanzler, war eigens von einer höfischen Saujagd zurückgekehrt, um diesen Kampf im Reichstag zu predigen.

Am ersten Tage der Etatsdebatte fehlte der oberste Beamte der Regierung im Reichstag. Die Abwesenheit von einer Hofjagd war seinerzeit dem Reichskanzler Caprivi verderblich geworden, und um dergleichen Gefahren vorzubeugen, hatte sich der Reichskanzler zur Jagd nach Springe begeben und ließ den Reichstag warten. Deutsche Reichskanzler sind eben nur von der Stimmung des Kaisers und nicht von der politischen Situation abhängig. So wurde dem Reichstag am ersten Tage der Etatsberatung wieder einmal deutlich gezeigt, wie gering seine Geltung im politischen Leben des Reiches ist und daß insbesondere das persönliche Regiment ihn als Null ansieht. Dieser Zustand ist ebenso sehr bedingt durch den Willen des schwarzblauen Blocks, der die Wirkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu fürchten hat, wie durch die schwächliche Haltung des Liberalismus gegen die absolutistischen Gelüste der Krone. Der bürgerliche Parlamentarismus nimmt in Deutschland lieber alle Fußritte von oben geduldig hin, ehe er sich zu einer Erweiterung und Sicherung der Rechte nach unten versteht. Der erste Tag der Etatsdebatte brachte zunächst einige unbeträchtliche Äußerungen des Reichsschatzsekretärs, des Kriegsministers sowie der verbündeten Blauen und Schwarzen. Die Regierungsvorleger suchten die Lage der Reichsfinanzen möglichst rosig zu malen und einen Erfolg der Reichsfinanzreform zu beweisen, beziehungsweise die neue Militärvorlage als ein Muster von Bescheidenheit und Sparsamkeit hinzustellen. Die Regierung will den Wählern vor den Wahlen weismachen, daß neue Steuern nicht nötig werden. Von demselben Bestreben waren die Reden des Zentrumsvertreters und des Konservativen durchtränkt — die Angst vor der Abrechnung verrät sich fast in jedem Satze. Aber der sozialdemokratische Redner Genosse Scheidemann deckte in einer wichtigen und schlagkräftigen Rede, die von heiligem Horn wider die Volksfeinde durchloht war, diese Spiegelfechterei restlos auf. Mit festen Strichen zeichnete er ein Bild der deutschen Wirklichkeit, das den ganzen Jammer unserer Zustände auch den blödesten Augen zeigen muß. Genosse Scheidemann gab die richtige Antwort auf die allgemeine Heze gegen das klassenbewußte Proletariat, in der er zum Angriff, der besten Verteidigungswaffe, überging. Seine Rede enthielt die Ankündigung des kommenden großen Volksgerichts und klang in dem Appell aus an die Arbeiterklasse und alle Ausgebeuteten der Nation, sich zum Gerichtstag zu rüsten. Tags darauf aber erschien der Kanzler, nachdem er die Gefahr von höfischen Jagdüberraschungen vorerst beseitigt hatte, und hielt seine große Sammlungs- und Hezrede gegen die Sozialdemokratie. Seine Rede war mit so viel falschem Pathos getränkt, als dieser nüchternen Bureaokratenseele zur Verfügung steht. Demagogische Kniffe, wie sie jedem Reichsverbänder zur Ehre gereichen würden, wurden auch nicht verschmäht. Gall es doch, diesmal die volle Zufriedenheit seiner hohen Auftraggeber zu erwerben. Die Junker hatten in ihren Blättern bemängelt, daß der Kanzler zu wenig junkerhaft ist — sie möchten einen Draufgänger, der unbeschwert durch allzuviel Bücherweisheit jeden Wunsch der Großgrundbesitzer

ohne Zaudern erfüllt und mit dem Angestimm eines Sieres auf die Sozialdemokratie losgeht. Der Führer der Konservativen, Herr v. Seydebrand, hatte seine gemessenen Befehle erteilt, schleunigst gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Sicher sind die Junkerforderungen auch dem Kaiser übermittelte worden. Denn dessen Umgebung besteht fast ausschließlich aus Angehörigen der regierenden Klasse, die ihre höfischen Verbindungen fleißig für ihre politischen Zwecke zu nutzen wußte. Der Reichskanzler wußte also, woran er war und was seine Pflicht sei. Die Einleitung seiner Rede war eine Verteidigung der Reichsfinanzreform und der Wucherzölle. Das Bekenntnis zu diesen beiden Systemen der Ausplünderung der Massen zugunsten der Besitzenden paßt gut zu den Ausführungen, die als Programm die Anebelung der Arbeiterklasse entwickeln. Denn eine Anebelung des kämpfenden Proletariats auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das ist's, was der Kanzler neben der Einigung aller Parteien gegen die Sozialdemokratie an Mitteln gegen den Umsturz vorzuschlagen hat. Weiter als bis zu dem Gedanken von Unterdrückungsmaßnahmen wider die unbequeme Arbeiterbewegung reicht auch die Intelligenz dieses „philosophischen“ Bureaokraten und verjunkteten Finanzierspfaffen nicht. Während er sich die Pose der Unabhängigkeit von den Direktiven des Herrn v. Seydebrand gibt und pathetisch dagegen protestiert, daß man ihm Befehle vor versammelter Mannschaft erteile, erklärt er sich in Wirklichkeit bereit, diese Befehle prompt zu befolgen, verheißt er vorbehaltlos die Ausnahmegeetze, die Herr v. Seydebrand namens der Junkerschaft fordert. Der einzige Unterschied, der ihn von dem Führer der Konservativen trennt, ist der, daß Bethmann-Hollweg mit dem salbungsvollen Augenaufschlag des Wiedermanns die Ausnahmegeetze nicht — Ausnahmegeetze nennt. Er ist nicht so ehrlich wie die Masse der Junker, die es nicht für nötig hält, ihren Plänen ein Feigenblatt vorzubinden. Und dieser Heuchelei besleißigte er sich aus wohlüberlegten Gründen. Denn dem Zentrum, als dem Vertreter eines Volksteils, der zur Zeit des Kulturkampfes selbst unter einem Ausnahmegeetz gestanden und daher eine gesunde Abneigung gegen derartige Maßregeln hat, würde es schwer fallen, für ein nacktes Ausnahmegeetz zu stimmen. Das schließt natürlich auf die Dauer nicht aus, daß die Kerikalen für den Fortbestand des schwarzblauen Blocks, der ihnen die Herrschaft sichert, einen noch viel höheren Preis an Grundstücken zahlen werden. Aber das Schwierige der Situation für das Zentrum wird sehr vermindert, wenn man den Schwarzen Gelegenheit gibt, das Ausnahmegeetz als ein Stück allgemeinen Rechtes auszugeben. Deshalb kündigt der Kanzler keine Ausnahmegeetze an, sondern empfiehlt Verschlechterungen des Strafgesetzbuches und des Strafprozesses, Bestimmungen gegen „Aufwiegelung“ und „aufreizende Tätigkeit“, das heißt gegen die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Agitation, Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen, das heißt eine neue Zuchthausvorlage, und ein schleuniges summarisches Standgerichtsverfahren für Vergehen gegen die öffentliche Ordnung. Zugleich benutzte der Kanzler die Gelegenheit, um das vorerst in diesem Punkte aus Rücksicht auf die katholischen Arbeiter noch etwas störrische Zentrum auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen zu bewilligen.

Alledem aber setzte der Kanzler schließlich die Krone auf in seinen Ausführungen über die Moabiter Vorgänge. Schon an sich ist es ungeheuerlich, daß der oberste Beamte des Reiches in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreift, durch öffentliche Kundgebung das Urteil der Richter beeinflusst. Herr v. Bethmann-Hollweg beruft sich darauf, daß Genosse Scheidemann die Angelegenheit in seiner Rede angeschnitten habe. Der sozialdemokratische Redner hatte indessen nur die Versuche zurückgewiesen, die bei der Beratung des Arbeitlammergesetzes von konservativer Seite gemacht worden waren, die Moabiter Ereignisse gegen die Sozialdemokratie auszufächeln. Zwischen den heiläufigen Bemerkungen eines Abgeordneten und der ausführlichen und in schärfster Weise Partei ergreifenden Kundgebung des höchsten Regierungsvorlegers ist zudem ein gewaltiger Unterschied. Aber der Prozeß in Moabit hat der Polizei in der öffentlichen Meinung schon so sehr geschadet, hat eine solche Menge von Fällen grober Mißhandlung, skandalöser Brutalisierung friedlicher Passanten enthüllt und wird noch viel mehr ausdecken, daß man in den Regierungsstuben das dringende Bedürfnis empfindet, der Polizei zu Hilfe zu kommen. Die in Moabit tätigen Polizeioffiziere und -beamten werden noch mitten in den Prozeßverhandlungen mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht wegen ihrer tapferen und korrekten Haltung bei den Unruhen — Herr v. Jagow soll eine besonders glänzende Deloration am kommenden Ordensfest erhalten, wie offiziell angekündigt wird. Die Beeinflussung der Richter in diesem Miesprozeß ist also System, in das die Rede des Kanzlers trefflich hineinpaßt. Daß er dabei die Beweisaufnahme gänzlich ignoriert, daß er unter dem lauten Beifall nicht nur der Junker,

sondern auch des Zentrums der Polizei das Zeugnis ausstellt, daß sie ihre Pflicht getan hat, das versteht sich von selbst. Es ist schon erstaunlich, daß der „Philosoph“ auf dem Kanzlerstuhl der Anklageschrift nicht das blöde Märchen von der planmäßigen Leitung, von der sozialdemokratischen Proberévolution usw. nachgeschwätzt hat — aber das ging nun, nachdem diese Märchen zum allgemeinen Gespött geworden sind, doch wohl nicht mehr an. Um so kräftiger hat dafür der Kanzler die Paule geführt, um der Sozialdemokratie wenigstens die mittelbare, die moralische Verantwortung für die Unruhen aufzuhalsen. Eine beliebte Methode — wenn man jemandem die Schuld an irgendeinem Malheur nicht geben kann, so schiebt man ihm wenigstens die moralische Schuld zu.

Es hat indes nicht den Anschein, daß das Mittel des roten Wahlschrecks versängt und daß die Wähler in Folge des verlogenen Geschreies von der sozialdemokratischen Revolution zu Noabit geneigt sind, die Sünden der Reaktion wieder zu vergessen. Die Lasten der Finanzreform und die Folgen der gesamten Wirtschaftspolitil sprechen eine zu eindringliche Sprache. Das zeigt die Nachwahl in Labiau-Wehlau, die im ersten und zweiten Gang mit einer schweren Niederlage der Konservativen geendet hat.

Die Noabiter Räubergeschichten haben nicht gezo-gen, und mit jedem Verhandlungstag des Prozesses schwindet die Aussicht darauf mehr und mehr. Die freiwilligen Zeugen, die sich auf den Rotruf Jagow's gemeldet haben, haben sich bereits mit unsterblicher Lächerlichkeit bedeckt und schon sind Kriminalbeamte als Lockspitzel bei den Strawallen entlarvt worden. Herr v. Jagow will den „Vorwärts“, der die letztere Tatsache entsprechend kommentiert hat, verklagen. Die Polizei hat an einem Noabiter Prozeß noch nicht genug.

Die Wahlen in England haben bisher keine Überraschungen gebracht, das Verhältnis der Parteien hat sich kaum verschoben.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Errichtung von Fabrikwohnungen pflegt der deutsche Unternehmer als einen Ausfluß seiner überquellenden Fürsorge für die Arbeiter zu preisen. Doch ist der Pferdefuß dieser Uneigen-nützigkeit zu offensichtlich: der Arbeiter gerät in starke Abhängigkeit vom Unternehmer, und das allein schon macht das Mieten solcher Fabrikwohnungen zu keiner reinen Freude. Außerdem ist aber erwiesen, daß diese Art Wohnungen sehr oft den hygienischen Anforderungen durchaus nicht entsprechen. Das ist zwar keine Neuigkeit, denn besonders der erbärmliche Zustand der Werkwohnun-gen auf den Gruben war längst bekannt. Jetzt hat aber eine statistische Erhebung der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges ein weitschichtiges Beweismaterial zusammengetragen. Die betreffenden Ergebnisse sind in einer Broschüre enthalten: „Die Zustände im deutschen Fabrik-wohnungswesen“, die im Verlag der Generalkommission erschienen ist. In dem Schriftchen sind die Untersuchungen von 3066 Fabrik-wohnungen zusammengefaßt. Wir können natürlich hier umöglich die Ergebnisse im einzelnen besprechen. Vor allem ist durch die Umfrage erwiesen, daß die meisten Fabrikwohnungen in bezug auf Größe und Höhe und Anzahl der Räume, Beleuchtung und Heizung noch nicht einmal den geringen hygienischen Anforderungen entsprechen, die einige bürgerliche Sozialreformer stellen. Bezeichnend für den feudalen Herrenstandpunkt der Fabrikanten aber ist es, daß nicht weniger als 92,95 Prozent der Mietverträge die Bestimmung enthalten, daß nur an Leute abvermietet werden darf, die im Betrieb beschäftigt sind, und daß von 3033 Verträgen 3009 mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses zugleich ablaufen. Bei Streiks muß die Wohnung laut Vertrag sofort, bei Lösung des Arbeitsvertrags innerhalb 24 Stunden, spätestens innerhalb dreier Tage geräumt werden. Die Unternehmer, die ihre Arbeiter mit Fabrik-wohnungen beglücken, kennen genau den Grund ihrer „Wohlfahrts-einrichtung“. Wie der Hörige an die Scholle gefesselt war, so soll der Arbeiter an die Fabrik gefesselt werden. Und dafür verlangen die Herren noch den Ruhm der „Arbeiterfreundlichkeit“.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet haben Ernst gemacht und dem Fehdenverband ihre Forderungen eingereicht. In einer Eingabe an diese Scharfmacherorganisation haben sie die einzelnen Punkte ihrer Forderungen eingehend begründet. Das ständige Sinken der Löhne im Bergbau, das zahlenmäßig nachgewiesen wird, rechtfertigt allein schon die Forderung auf eine L o h n e r h ö h u n g von 15 Prozent ab 1. Januar 1911, zumal die Werke größere Überschüsse erzielen als im Vorjahr. Nach dieser Forderung ist die wichtigste die, daß der im vorigen Jahre errichtete Zwangsarbeitsnachweis in einen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage umgewandelt wird. Des weiteren verlangen die Bergarbeiter eine erhöhte Leistung der Knappschaftskasse und Extrabehaltung

der Nebenarbeiten, wie Verbauen der Grube usw. Heute werden diese Arbeiten in den Lohn eingerechnet, ein Stand der Dinge, der zu fieberhafter Hast mit ihren Folgen treibt und dadurch Gesundheit und Leben der Bergarbeiter schädigt. Die Berg-herren haben alle Forderungen glatt abgelehnt. Die große Berg-arbeiterbewegung hat wieder eine bemerkenswerte und beschämende Erscheinung gezeitigt: das Verhalten des christlichen Gewerksvereins. Während die Organisation der Polen und die der Hirsch-Duncker-schen gemeinsam mit dem alten Verband vorgingen, lehnte das der christliche Verband ab. Besonders gut nimmt sich die Begrün-dung dafür aus: der alte Verband bekämpfe stets die christliche Organisation, und die Bewegung solle nur politischen Zwecken, der Agitation zu den Reichstagswahlen dienen. Die christlichen Ge-werkschaftsführer mühen sich im Schweiße ihres Angesichts, durch die Presse diese Auffassung zu verbreiten und zu begründen. Eine Mohrenwäsche das. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Gewerks-verein sich veranlaßt gesehen, auch seinerseits „Forderungen“ ein-zureichen. Sie sind auch danach. So maßvoll sind die Forderungen ausgefallen, daß die Bergherren den Christlichen bestätigten, ihre Eingabe sei in höflicher, beinahe unterwürfiger Form ge-halten. Ob sich die drohenden Gewitterwolken im Ruhrkohlenbecken in einer langverhaltenen Streißbewegung entladen werden, wird die nächste Zeit lehren. Geschieht es, so bekommen wir in Deutschland einen Streik, der schon seinem Umfang nach von größter Bedeutung wäre, sind doch im Revier rund 350 000 Bergleute beschäftigt. Jedenfalls dürfen die Grubenproletarier versichert sein, daß der Kampf um ihre vollauf berechtigten Forderungen von der gesamten deutschen Arbeiterklasse tatkräftig unterstützt werden wird.

In der Pirmasenser Schuhindustrie ist eine Einigung erzielt worden. Die Arbeitszeit, die jetzt meist 60 Stunden wöchent-lich beträgt, wird ab Juli 1911 auf 57 Stunden und ab Juli 1912 auf 54 Stunden verkürzt. Überstunden sollen im Jahre 40 zulässig sein, darüber hinaus müssen sie mit 10 Pf. besonderem Zuschlag pro Stunde vergütet werden.

Der Streik der Buchbinder, Kontobuch- und Karton-nagenarbeiter und -arbeiterinnen in Hannover mußte abgebrochen werden, weil die Unternehmer eine namhafte Zahl von Arbeitskräften von auswärts erhalten hatten. Geringe Lohn-erhöhungen von etwa durchschnittlich einer Mark pro Woche wur-den dennoch erreicht. Auch der Streik in Draunschweig wurde mit ähnlichem Resultat beendet.

Die erfolgreiche Lohnbewegung der Einnehmer in der Ham-burger „Viktoria“ hat weitere Kreise gezogen; daß in der Lohnfrage bei allen Inlaststellern der Gesellschaft Zugeständnisse erzielt wurden, ist dem Eintreten des Verbandes der Bureauange-stellten zu verdanken.

Die Lohnbewegung der Berliner Gasarbeiter ging eben-falls günstig aus; für etwa 2750 Arbeiter wurde eine Stunden-lohnerhöhung von 3 Pf. erreicht; es macht dies eine Mehraufwen-dung von rund 230 000 Mk. im Berliner Stadtetat aus.

Nach elfwöchiger Dauer führte der Seemannsstreik in Stettin zu einem befriedigenden Ergebnis. In Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wurde der Monatslohn ab 1. Januar auf 63 Mk., ab 1. April auf 65 Mk. erhöht. Die Seeleute hatten eine sofortige Erhöhung auf 65 Mk. verlangt.

Eine Lohnbewegung bereitet sich in einer Industrie vor, deren Arbeiterschaft mit zu den elendesten gehört, in den Rohglas-schleifereien der Oberpfalz. Durch einen Gewerkschafts-vertreter wurden dort geradezu grauenhafte Zustände aufgedeckt. Die Arbeitszeit ist völlig unbeschränkt, oft bringen die Arbeiter die kurzen Ruhepausen im Betrieb selbst zu, in einem Winkel schlafend. Die Arbeitsräume sind wahre Gifthöhlen. Infolge des Glas-schleifens mit Sand sind sie ewig verstaubt, das nötige fortwährende Waschen erhält die Fußböden stets naß. So wirken verschiedene Umstände zusammen, um die Gesundheit der Arbeiter zu brechen. Die Werkwohnungen spotten jeder Beschreibung. Es kommt vor, daß ein Raum fünf Familien beherbergt. Und in solchen Höhlen sind die Frauen als Heimarbeiterinnen tätig, sie polieren die Spiegelscheiben mit Schmirgel. Die „Traulichkeit“ solcher „Wohn-räume“ läßt sich denken. Die Männer verdienen bei 17 bis 18 stündiger täglicher Arbeitszeit wöchentlich 10 bis 12 Mk., die Frauen in der Hausarbeit dazu 3 bis 5 Mk. pro Woche. Der be-rühmte „Entbehrungslohn“ hat den Unternehmern Millionen ge-bracht. Es ist eine Zentrumsdomäne, in der die kurz skizzierten menschenunwürdigen Zustände herrschen. Sie konnten sich nur her-ausbilden, weil es dort an politischer und gewerkschaftlicher Auf-klärung der Arbeiter bisher so gut wie gefehlt hat. Die Dunkel-männer haben zu Ruh und Frommen des Geldsacks der modernen Arbeiterbewegung jeden Zoll Boden freitig gemacht.

Aber die Streikversicherung der Unternehmer liegt eine statistische Zusammenstellung vor. Im Jahre 1910 waren von 115 095 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigen, 27 100 mit 1 952 480 beschäftigten Arbeitern gegen Streiksäden versichert. Nur bei Streiks zahlen 18 Verbände, bei Aussperrungen allein 3 Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Entschädigung. Die Organisation des Ausbeutertums muß den Lohnslaven ohne Unterschied des Geschlechts ein Ansporn sein, den Gewerkschaften zuzuströmen und ihnen als Kämpfer immer mehr von dem großen, verhängnisvollen Heerbann der Gleichgültigen und Stumpfsinnigen zuzuführen, hinter dem der auswuchernde Kapitalismus Schutz findet. #

Das Ende des Streiks in der Bielefelder Wäscheindustrie ist zu verzeichnen. Es kam schließlich doch zu Verhandlungen und zu einer Einigung auf Grund folgender Bestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden wie bisher, Sonnabends 7 Stunden. Eine sofortige Erhöhung der Alfordsätze, die keinen ausreichenden Verdienst sichern, ist prinzipiell zugestanden worden, die Höhe soll in Besprechungen der beiden Organisationen festgesetzt werden. Die Parteien erklären sich grundsätzlich damit einverstanden, daß Garn und Nadeln nicht mehr frei geliefert werden; die Betriebe, in denen dies bisher der Fall war, sollen eine einheitlich zu regelnde Geldentschädigung gewähren. Die Vertreter der Arbeiter zogen den Antrag auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zurück, dagegen verpflichteten sich die Fabrikanten, untereinander keine Vereinbarungen zu treffen, welche die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken. Die Lehrzeit der Plätterinnen wird auf acht Wochen festgesetzt. Die Plätterinnen sollen sich verpflichten, nach dieser Lehrzeit bei ihren Lehrherren noch ein Jahr und zehn Monate weiterzuarbeiten. Im Falle von Arbeitsstellen und Aussperrungen wird um deren Dauer der Vertrag nicht verlängert. Die Lehrzeit der Näherinnen soll ein Jahr betragen. In den ersten sechs Wochen erhält das Lehrlingmädchen keine Entschädigung. Der Zuschlag für Überzeitarbeit beträgt pro Stunde 10 Pf. Für Zuschneider werden sofort Alfordsätze eingeführt und die bisherigen Monatslöhne bis 1. April 1911 garantiert; günstigere Abmachungen bleiben in Kraft. Betreffs der Lehrbedingungen der Zuschneider wurden nur geringe Zugeständnisse erzielt. Die Lehrlinge, deren Lehrzeit drei Jahre beträgt, erhalten im ersten Jahre 50 Pf., im zweiten Jahre 1 M. und im dritten Jahre 1,50 M. pro Tag; die Lehrlinge mit zweijähriger Lehrzeit 75 Pf. und 1,25 M.; die mit einjähriger Lehrzeit 1 M. pro Tag. Hilfsarbeiter und Hilfszuschneider erhalten entsprechende Lohnaufbesserungen. Die Arbeitszeit der Zuschneider beträgt 9 Stunden, Sonnabends 7 Stunden. Für Aberstunden gibt es einen Zuschlag von 10 Pf. Am Wochentag vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endet die Arbeitszeit mittags 12 Uhr; an allen übrigen Tagen vor einem Sonn- und Feiertag um 2 1/2 Uhr. Es ist nicht gestattet, den im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen noch Arbeit zur Fertigstellung mit nach Hause zu geben. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, die Einstellung der Arbeiterinnen und Arbeiter erfolgt nach Möglichkeit sofort, und solange die am Streik Beteiligten nicht alle wieder beschäftigt sind, dürfen neue Arbeitskräfte nicht verwendet werden. Die einbehaltenen Löhne sind bei der nächsten Lohnzahlung nach Beendigung des Streiks auszugeben.

Zu den Abmachungen nahmen die Streikenden in einer öffentlichen Versammlung Stellung. Nach einem Überblick über die Situation empfahlen die Organisationsleiter Zustimmung dazu und Wiederaufnahme der Arbeit. Die Diskussion verlief zum Teil sehr stürmisch und brachte den Unwillen über die geringen Erfolge zum Ausdruck, wengleich betont wurde, daß aufgeschoben nicht aufgehoben sei. Schließlich stimmten 560 für und 850 gegen die Aufnahme der Arbeit. Da die statutengemäß erforderliche Zweidrittelmehrheit für Weiterführung des Streiks nicht vorhanden war, gilt der Kampf als beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit sollte am 12. Dezember erfolgen. — Hoffentlich bleiben die Arbeiterinnen trotz des geringen Erfolges der Organisation treu, dann werden auch die Verhandlungen über die Lohnfrage und über die noch zu regelnden Punkte zu annehmbaren Ergebnissen führen. Keinesfalls darf es die Arbeiterinnen bestimmen, daß sie nicht einen vollen Sieg errungen haben. Sie dürfen nicht vergessen, daß das Unternehmertum übermächtig bleibt, solange es von friederischen Arbeitern und Handlungsgehilfen unterstützt wird, die „Arbeitswillige“ werden, und solange es leider noch viele Unorganisierte gibt. Daß die löbliche Polizei durch Schikanierung der Streikposten redlich das Ihrige zur Niederzwingung der kämpfenden Arbeiterschaft getan hat, versteht sich für jeden, der weiß, wofür das Volk diese herrliche Institution mit seinen Steuergroschen erhält. Jedenfalls hat die Bewegung gezeigt, daß einiges Zusammenhalten den Unternehmern Zugeständnisse abzutropfen vermag. Mehr Aufklärung, mehr Einigkeit, und diese Zugeständnisse werden in Zu-

kunft größer sein. Deshalb kein Vertriehen in den Schmollwinkel, sondern heraus aus Gleichgültigkeit, Stumpfsinn und Egoismus und hinein in die Organisation. N. N.

Notizenteil.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrs wesens.

Frauen im badischen Eisenbahndienst. Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, die badische Eisenbahnverwaltung wolle die Gehilfinnen aus dem Schalterdienst entfernen. Da man wußte, wie sehr sich die Frauen auf diesem Posten bewährt haben, erschien die Behauptung unglaubwürdig. Es wird jetzt offiziös dazu mitgeteilt: es sei richtig, daß die Gehilfinnen im allgemeinen etwas mehr durch Krankheit dem Dienst entzogen werden als die männlichen Beamten. Das genaue Verhältnis sei nicht festzustellen, da beide Beamtenarten in der Krankheitsstatistik der Eisenbahn nicht getrennt geführt werden. Richtig sei ferner, daß die weiblichen Beamten insofern nur beschränkt verwendbar sind, als sie nur im inneren Dienst (Schalter, Bureau) beschäftigt werden können, und daß auch da die Diensterteilung oft Schwierigkeiten bereite, weil den weiblichen Beamten nicht gut zugemutet werden könne, den Dienst zur Nachtzeit anzutreten oder zu verlassen. Wo dies nicht zu umgehen ist, werde den Gehilfinnen von der Verwaltung eine Begleitung gestellt. Im großen und ganzen könne aber gesagt werden, daß die weiblichen Beamten ihre Aufgabe mit demselben Eifer und Pflichtgefühl und auch demselben Erfolg erfüllen wie ihre männlichen Kollegen. Unter diesen Umständen sei nicht anzunehmen, daß die Eisenbahnverwaltung künftig die den Gehilfinnen zugänglichen Stellen erheblich verringern und dadurch vielen jungen Mädchen die bisherige Verdienstgelegenheit nehmen werde. Die Eisenbahnverwaltung beschäftige mehr als die Hälfte aller Gehilfinnen im Schalterdienst, und zu reinen Schreibgeschäften in den Büreaux würden keine Eisenbahngehilfinnen (mittlere Beamte), sondern untere Beamte (Büreaugehilfinnen und Maschinenschreiberinnen) verwendet. mg.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Weihnachtseleid. Wieviel Freude und Genuß, wieviel Arbeit und Glend bringt die Weihnachtszeit! Freude und Genuß den Besitzenden, Arbeit und Glend den Proletarierinnen. Zu den gequältesten Menschen in der Weihnachtszeit gehören die Handlungsgehilfinnen in den großen Geschäften und Warenhäusern. Vor Überanstrengung fast zusammenbrechend, bei halbständiger Tischzeit müssen sie für elenden Lohn bis tief in die Nacht hinein arbeiten, um den Profit der Geschäftsinhaber zu mehren. Wer mit fühlendem Herzen in der jetzigen Zeit kurz vor Geschäftsschluß eines dieser Warenhäuser betritt, wird mit Enttäuschung wahrnehmen, wie hier die menschliche Arbeitskraft ausgezogen wird. Abgespannt, müde, überanstrengt sind die Verkäuferinnen tätig. Die Hände an die Schläfen gepreßt, rechnen die Kassiererinnen ihre Blocks auf. Der Kopf kann nicht mehr mit, wenn ein junges, meist bleichsüchtiges Mädchen 12 bis 14 Stunden in diesem hastenden Treiben arbeiten muß. Dazu treten noch andere Schädigungen. So husten die meisten Gehilfinnen infolge des Staubes, den sie den Tag über einatmen. Für sie gibt es keine Zeit, Weihnachtseinkäufe zu machen; diese Mädchen arbeiten nur, damit anderen Freuden bereitet werden. Die Damen, die bei ihnen einkaufen, und die schon durch den kurzen Aufenthalt in dem Getriebe nervös werden, sehen das Glend der Gehilfinnen nicht, sie sehen nur den Glanz um sich herum und sind entrüstet, wenn sie nicht schnell genug bedient werden. Sie sollten einmal eine Verkäuferin fragen, ob sie sich auf den Geschäftsschluß freut. Stets werden sie die Antwort erhalten, daß sich die Mädchen nicht mehr auf den Weinen halten können, aber trotzdem nach Geschäftsschluß noch die Lager aufräumen müssen. Bei der aufreibenden Tätigkeit stehen die Aufsichtsherren und -damen, Sklavenvögeln gleich, hinter den Angestellten. Man muß beobachtet haben, wie sie herumschnüffeln, die Nervosität der Verkäuferinnen noch vergrößern, überall etwas bemängelnd, stets kommandierend, ohne selbst Hand anzulegen. Vielleicht ist auch noch der Geschäftsinhaber dabei und treibt selbst „sein Personal“ an, um aus seinem Schweiß möglichst viel Geld zu münzen. Wie leicht könnte das Arbeitssystem verbessert werden, sogar ohne daß die Geschäftsinhaber und Aktionäre großen Schaden dabei haben würden. Es dürfte nur ein Schichtwechsel eingeführt werden, dann könnten auch verschiedene Geschäfte

die gnädigst an die Gehilfinnen verteilten Schmalzstücken sparen. — Diese ausgenutztesten aller Proletarierinnen sind meist Kinder aus Arbeiter- und kleinen Beamten- und Handwerkerfamilien. Nachdem sie oft wochen- und monatelang beschäftigungslos waren, werden sie kurz vor Weihnachten angestellt, um am heiligen Abend wieder entlassen zu werden. Fragt sie, ob sie ihrer Klassenlage bewußt, und ob sie gewillt sind, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, indem sie den Schäden in ihrem Berufe entgegenwirken. Nein, sie stehen mit wenigen Ausnahmen abseits von der Organisation und halten ihre Klassengenossen in den Fabriken für minderwertig. Ihre abhängige Lage, ihr Sklavenleben läßt sie nicht zum Nachdenken kommen, und der Abglanz des Luxus in den Warenhäusern wie der geschäftliche Verkehr mit Angehörigen der wohlhabenden Stände, die doch auf sie nur hochmütig herabsehen, täuscht sie über ihr eigenes Glend. Nur schwer können sie sich zu dem Gedanken durchringen, daß eine Besserung ihrer Lage durch eine straffe Organisation erreicht werden kann, nur schwer können sie sich daran gewöhnen, Hand in Hand mit der Arbeiterklasse daran zu arbeiten, sich selbst ein menschenwürdiges Leben zu schaffen. So sind sie heute weniger als viele Arbeiter und Arbeiterinnen imstande, ihre Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten.

Angesichts dieser Lage der Dinge richten wir an alle Genossinnen die Bitte: macht eure Einkäufe so früh wie möglich, wenn ihr auch weniger Zeit habt als all die übrigen, die jetzt den Warenhäusern zuströmen. Keine Proletarierin sollte sich unter den rückwärtslofen Käusern befinden, die in letzter Stunde die Qual der Verkäuferinnen vergrößern. Dadurch würde mancher Anknüpfungspunkt geschaffen, um den Gedanken der Organisation unter das Personal der Geschäfts- und Warenhäuser zu tragen.

O. H.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die sozialistische Frauenbewegung in Belgien hat in den letzten Monaten wieder einen Aufschwung genommen. Zwar liegt in den wallonischen Landesteilen und in der Hauptstadt Brüssel die Bewegung noch danieder, ja es scheint, daß auch die paar letzten wallonischen Frauengruppen endgültig eingegangen sind. In der flämischen Landeshälfte dagegen, wo die proletarische Frauenbewegung von jeher am stärksten war, hat sie neuerdings bedeutende Fortschritte gemacht. Das flämische Frauenorgan „De Stem der Vrouw“, das jahrelang im Geiste der bürgerlichen Frauenrechtelei redigiert wurde, erhielt vor etwa einem Jahre einen neuen Redakteur in der Person des Genossen Vochery. Dieser leitete das Blatt im sozialistischen Sinne, und der Erfolg blieb nicht aus: die Auflage dieser Monatschrift stieg in einem Jahre von 200 auf 1600 Exemplare. Noch erfreulicher ist die gleichzeitige Ausdehnung der Organisation. Während vor einem Jahre nur noch eine Frauengruppe, und zwar in Gent, bestand, die oben drein schwer um ihre Existenz zu kämpfen hatte, gibt es jetzt in flämisch-Belgien einen „Verband der sozialistischen Frauenvereine“, der 17 Gruppen umfaßt. Davon sind 9 in Gent, die übrigen 8 in der Provinz. Die kleinste Gruppe zählt 14, die stärkste 110 Mitglieder. Die Gesamtzahl der dem Verband angeschlossenen beitragszahlenden Mitglieder betrug am 31. Oktober d. J. 820. Die Zahl nimmt sich freilich bescheiden genug aus, aber sie bedeutet immerhin gegen früher einen überraschenden Fortschritt. Dieser ist namentlich deshalb bemerkenswert, weil er zeigt, daß die Bewegung sehr wohl gedeihen kann, wenn sie nur im richtigen Sinne geleitet wird, das heißt, wenn sie nicht in dem Kampfe gegen die „Vorrechte der Männer“ ihre Aufgabe erblickt, sondern für die Interessen und Ideale des gesamten Proletariats eintritt. Eine besonders erfreuliche Erscheinung ist es, daß bei der jetzt von den flämischen Frauenorganisationen geführten Agitation gegen die Lebensmittelerhöhung an mehreren Orten Arbeiterfrauen als Rednerinnen in einer Weise hervorgetreten sind, die der Bewegung für die Zukunft einen Zuwachs an agitatorischen Kräften in Aussicht stellt, den sie sehr wohl brauchen könnte.

H. M.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung eines demokratischen Wahlrechts für beide Geschlechter zur Bremer Bürgerschaft hatte die Sozialdemokratie in einem Antrag gefordert. Er lautete: „Die Bürgerschaft beschließt, für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen einzuführen und die Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmen. Sie ersucht den Senat, dem Beschluß zuzustimmen.“ Die Genossen Rhein und Henke begründeten den Antrag. Zur Forderung des Frauenwahlrechts

verwies der erstere darauf, daß sie heute auch von liberalen Kreisen erhoben wird. Genosse Henke führte dazu aus: „Was wir hinsichtlich des Frauenwahlrechts verlangen, besteht bereits in einem Teile Rußlands, in Finnland nämlich. . . . Als wir vor einigen Jahren das Frauenwahlrecht forderten, wurde uns zugerufen, sie, die Frauen, sollten nur Strümpfe stopfen. Die Verhältnisse sind aber unterdessen andere geworden. Auch die Frau erwacht immer mehr. In dem Maße, in dem die Produktion die Frau aus den Familien herausreißt, in dem Maße erwacht in der Frau immer mehr das Bewußtsein, daß sie nicht nur die Aufgabe hat, Soldaten zu gebären, sondern auch gleiche Rechte haben muß wie die Männer. Da wird selbst in ihren eigenen Reihen eine Gegnerschaft entstehen, die uns zur Seite steht.“ Die bürgerlichen Mitglieder der Körperschaft fühlten sich nicht einmal zu einem Versuch bemüht — von einer Ausnahme abgesehen —, die Ausführungen der Sozialdemokraten zu widerlegen. Sie brauchten die Macht ihrer Mehrzahl und stimmten den Antrag nieder. Auch nicht ein einziger der sich liberal und freisinnig nennenden Herren ist mit Wort oder Stimme für die Forderungen eingetreten, die das Prinzip der bürgerlichen Demokratie verwirklichen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Und von solchen Jammerseelen erwarten die liberalen Frauen eine Wiebergeburt des „liberalen Gedankens“, die auch den Frauen volles Bürgerrecht bringen würde.

Fortschritte der Frauenstimmrechtsache in der Schweiz.

Der Züricherische Kantonsrat hat auf Antrag einer Kommission beschlossen, daß — vorbehaltlich näherer gesetzlicher Bestimmungen — den Frauen grundsätzlich das Recht zustehen soll, in alle kommunalen Behörden gewählt zu werden. Der Kommission, die diesen Beschluß faßte, gehören auch sozialdemokratische Kantonsräte an, die selbstverständlich für die Neuerung und das Recht der Frauen eingetreten sind. Ob sie die Gelegenheit benützt haben, zum Rechte der Wählbarkeit auch das Wahlrecht zu fordern, entzieht sich leider unserer Kenntnis. — Im Großen Räte zu Bern brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, den Gemeinden möge das Recht erteilt werden, den Frauen die Wählbarkeit zu den Schul- und Armenkommissionen zuzuerkennen. Der Regierungsrat wird des weiteren ersucht, über diese fakultative Einführung der Wählbarkeit der Frauen zu den genannten Körperschaften behördlichen Bericht und Antrag einzubringen. — Gelegentlich der Beratung über das Einführungsgesetz zum schweizerischen Zivilgesetzbuch hat sich der Große Rat des Kantons Graubünden mit der Wählbarkeit der Frauen in die Vormundschaftsbehörden beschäftigt. Es wurde betont, daß die Verfassung die Wahl von Frauen nur gestatte, wenn diesen gleichzeitig auch das Stimmrecht verliehen sei. Daraufhin wurde mit großer Mehrheit beschlossen, in das Einführungsgesetz keine Bestimmungen über das Recht des weiblichen Geschlechts aufzunehmen. Dafür soll aber die gesamte Frauenwahlrechtsfrage bei nächster Gelegenheit grundsätzlich als Frage einer Verfassungsreform behandelt werden.

Die Einführung eines unbeschränkten Frauenwahlrechts im Staate Washington (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ist durch eine Urabstimmung der Staatsbürger beschlossen worden. Ist die Verfassungsänderung erst in Kraft getreten, so wird das weibliche Geschlecht in fünf Staaten der nordamerikanischen Union volle staatsbürgerliche Rechte genießen, nämlich in Wyoming, Utah, Idaho, Colorado und Washington.

Die Zuerkennung eines beschränkten Wahlrechts an die Frauen des Staates Oregon, für welches sich die gesetzgebenden Körperschaften erklärt hatten, ist in der Urabstimmung verworfen worden. Ob die Majorität sich damit gegen eine bloße Erweiterung von Vorrechten der bestehenden Klassen erklärt hat oder gegen die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts, ist aus den vorliegenden Nachrichten nicht zu ersehen.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Frauenarbeit in staatlichen Bureaubetrieben. In der Verwaltung des deutschen Reichstags werden zwei weibliche Beamte eingestellt, und zwar bei der großen Bücherei. Es handelt sich nicht etwa um weibliche Aushilfskräfte, wie solche zur Maschinenschrift, Stenographie usw. Verwendung finden, sondern um ständig angestellte, also etatmäßige Verwaltungsbeamte des literarischen Ressorts. Diese weiblichen Beamten müssen deshalb auch eine gewisse fachgemäße Vorbildung oder Erfahrung auf dem Gebiet der buchhändlerischen beziehungsweise bibliothekarischen Arbeit besitzen; sie haben in Gemeinschaft mit den akademisch gebildeten Beamten der Reichstagsbibliothek zu arbeiten.

mg.

Eine Schulkücheninspektorin für die kommunalen Schulküchen ist in Kopenhagen angestellt worden. Die neue Beamtin, Fräulein Eline Hansen, hat ein besonderes Examen für die Materien abgelegt, die für ihren Wirkungsbereich in Betracht kommen. Durch Studienreisen im Ausland hat sie sich weitere Erfahrungen auf dem Gebiete des Schulküchenwesens gesammelt.

Ueber die Arbeit der weiblichen Ärzte am Neuen Frauenhospital in London enthält der Bericht dieses Instituts bemerkenswerte Angaben. Im vergangenen Jahre wurden dort 33228 Patienten ausschließlich von Frauen behandelt. Die weiblichen Chirurgen vollzogen überaus schwierige und komplizierte Operationen. Einzelne weibliche Operateure besitzen einen solchen Ruf, daß sie des öfteren von männlichen Kollegen zu besonderen Frauenoperationen zugezogen werden.

Frauenbewegung.

Die erste Frauensektion der christlichen Bauernvereine ist in Weiden (Bayern) kurz vor den Verhandlungen im Reichstag gegründet worden, bei denen sich das Zentrum so tapfer über das Recht der Frauen ausgeschwiegen hat, am öffentlichen Leben teilzunehmen, Vereine und Versammlungen zu besuchen. Die Initiative zu der Gründung ist von dem „großen Bauern doktor“ Heim ausgegangen, einem klugen Realpolitiker, der sich nicht scheut, gegen Vorurteil und Dogma zu verstoßen, wenn der Wandel der Zeit eine Revision der Anschauungen fordert. Die „Zentralstelle der christlichen Bauernvereine“ zu Regensburg, deren Seele der Zenträmmer Heim ist, berief die Bäuerinnen der nördlichen Oberpfalz zu einer Versammlung nach Weiden. Mehr als 900 Frauen vom Lande leisteten dem Rufe Folge. Dr. Heim legte ihnen dar, weshalb sie sich zusammenschließen müssen. An die Angehörigen jedes Berufs und beider Geschlechter drängten sich Leute heran, die sie für ihre Organisationen gewinnen möchten. Diesen Versuchen, hinter denen nur das Verderben laure, müsse das brave Zentrum zuvorkommen. „Der kluge Mann eilt seiner Zeit voraus, und es ist ein Gebot der Klugheit, auch daran zu denken, unsere Bäuerinnen zu gewinnen. Die Organisation der Frauen in den Städten hat sich bereits ihre Wege geebnet, und es wird nicht lange dauern, dann kommen diese Organisationsversuche auch auf das Land!“ Dr. Heim verwies darauf, daß in Belgien den Bauernvereinen mit bestem Erfolg Sektionen der Bäuerinnen angegliedert worden seien. In Bayern solle die Sache in Angriff genommen werden, der ersten Versammlung würden weitere folgen. Die Ausführungen Dr. Heims fielen auf fruchtbaren Boden: 800 Bäuerinnen erklärten ihren Beitritt zu der Sektion, die ins Leben gerufen wurde.

Es liegt auf der Hand, daß die neue Organisation in Wahlzeiten die politischen Geschäfte des Zentrums fördern soll, und daß sie das in erheblichem Maße tun kann. Dr. Heim hat mit seiner Gründung nur konsequent gehandelt, denn er tritt seit Jahren im Lager des Zentrums nachdrücklich für die soziale, die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ein. Das Zentrum als Ganzes aber, das diese Gleichberechtigung offiziell noch bekämpft oder wenigstens nicht anerkennt, wird sich schmunzelnd die Hilfe der neuen „Emanzipierten“ gefallen lassen. Diese Partei hat es jederzeit mehr mit ihrem Vorteil als mit der Konsequenz gehalten. Daher hat sie wohl den Grundsatz bekannt, „das Weib schweige in der Gemeinde“, aber sich stillschweigend noch stets damit abgefunden, wenn eheliche Frauen der Regierten und schöne Kebsfrauen der Regierenden in das politische Getriebe eingriffen, um die Herzen der Männer im Interesse der Kirche zu lenken. Warum sollte das Zentrum da die politische Arbeit der organisierten Bäuerinnen nicht freudig bewillkommen, während es die Betätigung der Arbeiterinnen am Klassenkampf mit den besten Wünschen seiner geweihten Agitatoren bedenken läßt? Wir können das Vorgehen des Dr. Heim nur begrüßen. Es bringt die Klassen-gegenstände in der ländlichen Frauenwelt zur Entfaltung und spornet uns alle an, auch für die Aufklärung und Organisation unserer ländlichen Schwestern die ganze Kraft einzusetzen.

Literarisches.

Einige gute Weihnachtbücher für Proletarier sind noch eingegangen, nachdem die letzte Nummer dieses Blattes bereits erschienen war. Wir nennen an erster Stelle ein Büchlein, das für die liebe Jugend bestimmt ist, aber auch von recht vielen Erwachsenen gern und mit Nutzen gelesen werden wird. Es heißt: „Im Reiche der Technik“, Geschichten für Arbeiterkinder von Richard Woldt, Verlag Kadon & Co., Dresden. Preis gebunden 1,50 Mk. Diese Geschichten sollen in leichtverständlicher, lebendiger

Form Kinder für die Technik interessieren und mit den Elementen ihrer Wunder bekannt machen, die uns heute auf Schritt und Tritt umgeben. Die meisten der Skizzen sind in der Kinderbeilage der „Gleichheit“ erschienen, und es ist uns daher verwehrt, zu ihrem Lobe mehr zu sagen, als daß sie unserer Meinung nach ihr Ziel erreichen. Sie belehren und fördern das Nachdenken, ohne daß sie ermüden. Am Schlusse jeder Geschichte sind die Leser reicher an Kenntnissen und Erkenntnis geworden, aber kein breitspuriges Dozieren hat ihre Geduld auf eine harte Probe gestellt. Einen Vorzug müssen wir besonders hervorheben, weil diese Geschichten ihn vor Darstellungen ähnlicher Art voraushaben: sie verlieren nie die sozialen Zusammenhänge der Technik aus den Augen, und diese Zusammenhänge werden vom Standpunkt der sozialistischen Auffassung aus gewertet. Wir sind überzeugt, daß es keiner besonderen Empfehlung der Sammlung für die bedarf, denen Richard Woldt durch seine anregenden Beiträge in unserer Kinderbeilage schon längst ein geschätzter und lieber Freund geworden ist. Die Geschichten sind sorgfältig durchgesehen und durch weitere Skizzen vervollständigt worden. Kurt Bergold hat das Büchlein mit passenden, flotten Illustrationen belebt, die auch das Verhältnis technischer Einzelheiten erleichtern, und der Verlag hat es in jeder Beziehung sehr schmuck ausgestattet. So wird es seinen Weg sicher in die Familien der Arbeiter finden und überall wohl aufgenommen werden.

Die weiteste Verbreitung ist auch einer Sammlung von Soldatengeschichten zu wünschen, die August Winnig unter dem Titel „Preussischer Kommis“ im Verlag des „Vorwärts“, Berlin, veröffentlicht hat. Den einzelnen Skizzen des hübschen Buches, die Danbergers Stift frisch illustriert hat, ist nicht die kunstvolle Perücke literarisch moderner Setzes aufgestülpt worden. Sie geben sich als das, was sie sind: als unverfälschtes Erleben eines klassenbewußten gebildeten Proletariats, der Herz und Kopf auf dem rechten Fleck hat und über ein recht achtungswertes Erzählertalent verfügt, das plastisch zu schildern weiß. Sie zeigen das Leben in der berühmten „Ferienkolonie“ des Proletariats, wie es ist, ohne lödendes Pathos der Entrüstung, aber auch ohne morbospatriotische Sentimentalität. Die häßliche Alltäglichkeit des Militarismus, sein geisttödender, barbarischer Inhalt treten hüllenlos hervor und genügen vollauf zur besten agitatorischen Wirkung. Das Buch gehört in die Hand der jungen Leute, die den Schönheiten des Kasernendrills entgegenwachsen. Es wird sich überall und nicht zum wenigsten auch in kleinen Städten und auf dem Lande als ein treffliches Mittel erweisen, Erkenntnis über das Wesen des Militarismus zu verbreiten.

Zum Schlusse machen wir noch unsere Leserinnen auf eine Reihe früher erschienener Werke aufmerksam, die geeignet sind, tiefer in die Geschichte und das Wesen des Sozialismus einzuführen. Wir denken in erster Linie an die drei Werke von Friedrich Engels: „Herrn Eugen Dührings Ummwälzung der Wissenschaft“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“; an Karl Marx' „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, „Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850“, „Der 18. Brumaire“; an Mehrings „Vestinglegende“ und „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“; an Kautskys „Erfurter Programm“, „Ursprung des Christentums“, „Thomas Morus und seine Utopie“; an Bernsteins „Englische Revolution“, Zimmermanns „Der große deutsche Bauernkrieg“, Engels' „Der deutsche Bauernkrieg“, Krapotkins „Die französische Revolution“; an Vlos' „Die große französische Revolution“, „Die Revolution von 1848 in Deutschland“, Buonarroti, „Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit“, Heritier, „Geschichte der französischen Revolution von 1848“, Vissagaran, „Die Kommune von 1870“; Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“, „Aus meinem Leben“. Diese Werke sind sämtlich, mit zwei Ausnahmen, im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart, erschienen. Krapotkins bedeutende Arbeit, die jeder lesen muß, der die französische Revolution begreifen will, ist bei Theodor Thomas, Leipzig, verlegt worden, Engels' „Deutscher Bauernkrieg“ beim „Vorwärts“, Berlin. Außerordentlich lesenswert sind auch die folgenden kürzeren populären Abhandlungen, die unter dem Sammeltitle „Kleine Bibliothek“ bei J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienen sind und von denen jedes einzelne Bändchen gebunden nur 1 Mark kostet: Braun, „Die Tarifverträge und die deutschen Arbeiter“; Kautsky, „Die Klassen-gegenstände in der französischen Revolution“; Käthe Dunder, „Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung“; Plechanow, „Die Grundprobleme des Marxismus“; Linke, „Ist die Welt bewohnt?“